WSI-Informationen zur Tarifpolitik

Hans-Böckler-Stiftung
des Deutschen Gewerkschaftsbundes

Forschungsabteilung
Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut (WSI)

Redaktion: WSI-Tarifarchiv

Düsseldorf, Januar 1995

Jahresbericht West 1994

Zum 1. Januar 1995 wurde das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut des DGB (WSI) in verkleinertem Umfang in die Hans-Böckler-Stiftung übertragen und bildet dort eine eigenständige Forschungsabteilung. Die Abteilung ist in drei Forschungsbereiche gegliedert: (1) Wirtschaft und Finanzen, (2) Arbeitsmarkt und Verteilung, (3) Sozialstaat und Sozialpolitik.

Das **WSI-Tarifarchiv** ist Bestandteil des Bereichs "Arbeitsmarkt und Verteilung".

Wir bitten alle gewerkschaftlichen Stellen, die uns bislang neu abgeschlossene Tarifverträge sowie sonstige Tarifinformationen und -materialien zur Verfügung gestellt haben, diese Unterlagen künftig an folgende **neue Anschrift** zu senden:

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut
in der Hans-Böckler-Stiftung
Tarifarchiv
Bertha-von-Suttner-Platz 3
40227 Düsseldorf
Telefon 0211/7778-0
Fax 0211/7778-250

Die Publikationen des WSI-Tarifarchivs erscheinen - abgesehen von einer neuen Gestaltung des Titelblatts - in unveränderter Form. Der vorliegende **Jahresbericht West 1994** enthält eine umfassende Bilanz der Tarifbewegungen in den alten Bundesländern.

Herausgeber:
Hans-Böckler-Stiftung
Forschungsabteilung WSI

Verantwortlich
Frank von Auer

Bertha-von-Suttner-Platz 3
40227 Düsseldorf

Telefon: 0211/7778-0
Fax: 0211/7778-250

Zwischen Beschäftigungssicherung und Tarifabsenkung

- Eine Bilanz der Tarifpolitik in Westdeutschland im Jahr 1994 -

von Reinhard Bispinck und WSI-Tarifarchiv

1. **Tarifrunde im Überblick**
2. **Tarifergebnisse in Zahlen**
   Abschlußrate und Laufzeit
   Erhöhung der Tarifverdienste
   Urlaubsgeld und Jahressonderzahlung
   Arbeitszeit
3. **Tarifliche Arbeitszeitregelungen**
   Verkürzung der Wochenarbeitszeit
   Vorziehen vereinbarter Arbeitszeitverkürzung
   Befristete (optionale) Arbeitszeitverkürzung
   Arbeitszeitkorridor
   Jahresarbeitszeit und Arbeitszeitkonto
   Ausgleichszeitraum
4. **Ausgewählte Tarifrunden**
   Chemische Industrie
   Metallindustrie
   Öffentlicher Dienst
   Privates Bankgewerbe
   Baugewerbe
   Eisen- und Stahlindustrie
   Druckindustrie
   Textil- und Bekleidungsindustrie
   Brauereiwirtschaft
5. **Weitere tarifpolitische Ereignisse**
6. **Ausblick auf die Tarifrunde 1995**

1. Tarifrunde im Überblick

Eine historische Tarifrunde ?

Selten war die Resonanz auf eine Tarifrunde so positiv wie im vergangenen Jahr. Die Öffentlichkeit war voll des Lobes über die Tarifpartner, die endlich einmal "alte Dogmen" über Bord geworfen, durch flexible Regelungen bei Lohn und Arbeitszeit die Unternehmen entlastet und zugleich Arbeitsplätze gesichert hätten. Gemeint war neben den allgemein sehr geringen Abschlußraten vor allem die Vereinbarung niedrigerer Einstiegslöhne in der chemischen Industrie und die Möglichkeit der (befristeten) Arbeitszeitabsenkung ohne (vollen) Lohnausgleich in der Metallindustrie und in einigen ande-

ren Tarifbereichen. Für manche Kommentatoren war gewissermaßen der Königsweg zum Erhalt und zur Reform des Flächentarifvertrags gefunden.

Bei nüchterner Betrachtung kommt gegenüber derart euphorischen Einschätzungen Skepsis auf: Tatsächlich haben sich die Gewerkschaften 1994 auf Tarifabschlüsse eingelassen, die noch in der Tarifrunde zuvor als untragbar gegolten hätten. Abschlußraten deutlich unter der laufenden Inflationsrate, Einfrieren bzw. Kürzen von tariflichen Jahressonderzahlungen auf breiter Front, Neuverhandlung und zum Teil Verschlechterungen von (ungekündigten !) Arbeitszeitregelungen - das sind Zugeständnisse, die nur verständlich werden, wenn man sich vergegenwärtigt, in welch hoffnungsloser Defensivposition sich die Gewerkschaften Ende 1993/Anfang 1994 befanden. Daß sie gleichwohl auch Teilerfolge insbesondere bei der Beschäftigungssicherung erzielen konnten, hellt das düstere Bild zwar ein wenig auf, macht aber die **sehr gemischte Tarifbilanz** nicht zu einem positiven Zeugnis tarifpolitischer Reform- und Gestaltungskraft[1)].

Die Tarifrunde 1994 stand in den alten Bundesländern noch voll unter dem Eindruck der tiefsten Rezession der Nachkriegszeit. Als im Frühherbst 1993 die Diskussionen über Schwerpunkte und Forderungen für die Lohn- und Gehaltstarifverhandlungen begannen, stieg die Arbeitslosigkeit seit Monaten rasch und kontinuierlich an, Ende 1993 betrug sie in Westdeutschland rund 2,5 Mill. Die konjunkturelle Entwicklung befand sich auf einem absoluten Tiefpunkt. Die Prognosen für 1994 waren durchweg skeptisch und sahen allenfalls eine schwache konjunkturelle Erholung voraus. Zwar kam es dann im Laufe des Jahres 1994 zu einer unerwartet kräftigen wirtschaftlichen Belebung, aber auf dem Arbeitsmarkt setzte sich die negative Entwicklung fort. Im Jahresdurchschnitt lag die Arbeitslosenzahl um 285.000 über dem Vorjahreswert.

Deshalb stand die **Tarifpolitik der Gewerkschaften** im dritten Jahr hintereinander **unter dem wachsenden Druck** nicht nur der Arbeitgeber, sondern auch weiter Teile der politischen Öffentlichkeit. Gefordert wurde eine Tarifpolitik der "moderaten Abschlüsse", die sich an der Produktivitätsentwicklung als Obergrenze orientieren sollten. Die Kampagne der Arbeitgeber in Richtung Tarifwende verschärfte sich. Bereits 1993 hatten die Abschlußraten in wichtigen Tarifbereichen mit durchschnittlich 3,3 vH deutlich unter der Inflationsrate von 3,8 vH gelegen. Doch im vergangenen Jahr forderten die Arbeitgeber erstmals offen eine Absenkung des Tarifniveaus. Eine Signalwirkung hatte in diesem Zusammenhang vor allem die Forderung von Gesamtmetall nach einer Verringerung des Kostenniveaus um 10-15 vH, der sie mit einer frühzeitigen Kündi-

1 Vgl. grundsätzlich *Schauer, H.,* Tarifpolitik in der Sozialstaatskrise, in: Sozialismus 11/94, S. 42 ff.

gung der Urlaubsabkommen wie auch der Lohn- und Gehaltstarifverträge Nachdruck verliehen. Anders als in früheren Jahren verknüpften die Arbeitgeberverbände ihre Forderungen mit der Grundsatzfrage nach dem Fortbestand des Tarifvertragssystems. Nur wenn es gelänge, mit Hilfe von Kostensenkungen der angeblich dramatischen Verschlechterung der Wettbewerbsposition der Unternehmen entgegenzuwirken und durch Flexibilisierung insbesondere bei der Arbeitszeit mehr Gestaltungsfreiheit für die einzelnen Betriebe und Unternehmen zu ermöglichen, habe der Flächentarifvertrag eine dauerhafte Überlebenschance.

Gewerkschaftliche Forderungen

Diese problematischen wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen blieben nicht ohne Einfluß auf die Aufstellung der gewerkschaftlichen Tarifforderungen. Die Gewerkschaften forderten bei den Löhnen und Gehältern überwiegend einen **Ausgleich der Preissteigerungsrate bzw. eine Sicherung der Realeinkommen**. Die meisten Forderungen lagen zwischen 4 vH (öffentlicher Dienst) und 5 - 6 vH (u.a. Metallindustrie). In vielen Fällen verzichteten die Gewerkschaften (erstmals) auf eine konkrete Bezifferung ihrer Tarifforderungen. Als sich die Beschäftigungsprobleme im Laufe des Jahres 1993 immer mehr zuspitzten und zahlreiche Unternehmen in nahezu allen wichtigen Industriebereichen Massenentlassungen ankündigten bzw. einleiteten, wurde unübersehbar deutlich, daß eine traditionelle Lohnrunde allein der Problemlage nicht gerecht würde. In den Gewerkschaften setzte eine erneute Diskussion über arbeitszeitpolitische Maßnahmen als Beitrag zur Beschäftigungssicherung ein, nachdem in den Jahren zuvor der Elan der gewerkschaftlichen Arbeitszeitkampagne erschlafft war.

Als in der öffentlichen Diskussion noch über des Bundeskanzlers Kritik am "Freizeitpark Deutschland" und über Arbeitszeitverlängerung zur Sicherung des Standorts Deutschland debattiert wurde, kam Schützenhilfe von unerwarteter Seite. Die **Volkwagen AG** schlug Ende Oktober die Einführung der Vier-Tage-Woche vor, um die ansonsten absehbare Entlassung von rund 30.000 Beschäftigten zu vermeiden. Nach kurzen, intensiven Verhandlungen war der entsprechende Tarifvertrag bereits Ende November unter Dach und Fach. Er sah die 28,8-Stunden-Woche bei einer Reduzierung des tariflichen Jahreseinkommens um rund 10 vH vor. Im Gegenzug verzichtete VW auf betriebsbedingte Kündigungen[2)]. In eine ähnliche Richtung ging eine umfangreiche tarifliche Freischichtenregelung im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbergbau, die als Preis für den Ausschluß betriebsbedingter Kündigungen ebenfalls Abstriche bei den Tarifvergütungen vorsah.

---

2 Vgl. zu den Einzelheiten *Bispinck, R./WSI-Tarifarchiv*, Tarifpolitik in der Rezession - Eine Bilanz der Tarifpolitik in Westdeutschland im Jahr 1993, in: WSI-Mitteilungen 3/1994, S. 152 f.

Innerhalb der Gewerkschaften bewirkte insbesondere der VW-Abschluß eine Intensivierung der Diskussion. In einer programmatischen Erklärung "**Arbeit teilen !** Durch kürzere und humane Arbeitszeiten die Beschäftigungskrise bekämpfen" faßte der Tarifpolitische Ausschuß des DGB die gewerkschaftlichen Vorstellungen zusammen. Grundsätzlich zeigten sich die Gewerkschaften bereit, unter bestimmten Voraussetzungen und bei bestimmten Gegenleistungen der Arbeitgeber auch den Lohnausgleich bei Arbeitszeitverkürzung zur Disposition zu stellen.

Als weiterer Abschluß, der die Tarifrunde 1994 maßgeblich vorprägte, ist das Abkommen für die chemische Industrie zu nennen. Neben einer Entgelterhöhung von 2 vH[3)] und einer weiteren Arbeitszeitflexibilisierung sieht es **niedrigere Einstellbezüge** vor, "um die Beschäftigung und die praktische Eingliederung von Arbeitnehmern zu fördern"[4)].

Konfliktorische Tarifrunde

Der Ablauf der Tarifrunde wurde auch durch die gegenüber den Vorjahren veränderte zeitliche Lage der Verhandlungen beeinflußt. Erstmals war die Metallindustrie wieder tarifpolitischer Vorreiter, die Lohn- und Gehaltstarifverträge waren zum 31.12.1993 ausgelaufen (vgl. Tabelle). Der dort Anfang März gefundene Kompromiß prägte auch die Abschlüsse in zahlreichen anderen Branchen. Es folgten kurz aufeinander die Abschlüsse im öffentlichen Dienst, im Bankgewerbe und im Bauhauptgewerbe.

Ablauf der Tarifrunde 1994

Kündigungs-termin	**Abschluß-datum**	Ausgewählte Tarifbereiche
11/93	**11.1.**	Chemieindustrie (Pilotabschluß)
12/93	**5.3.**	Metallindustrie (Pilotabschluß)
12/93	**11.3.**	Öffentlicher Dienst
1/94	**17.3.**	Bankgewerbe
3/94	**26.3.**	Bauhauptgewerbe
4/94	**23.4.**	Eisen- und Stahlindustrie NRW
3/94	**3.7.**	Druckindustrie
3/94	**24.6.-12.10.**	Textilindustrie (regionale Abschlüsse)
4/94	**29.9.**	Bekleidungsindustrie

Quelle: WSI-Tarifarchiv

3 Nach 3 Nullmonaten und bei einer Gesamtlaufzeit von 15 Monaten.

4 Vgl. im einzelnen Punkt 4.

Wenn es auch in den großen Tarifbereichen nicht zu umfangreichen regulären Streiks kam, so kann gleichwohl keinesfalls von einer friedlichen Tarifrunde gesprochen werden. In der Metallindustrie wurden bundesweit umfangreiche Warnstreiks durchgeführt, und in Niedersachsen hatte auch bereits eine Urabstimmung mit einem 92-Prozent-Votum für Streik stattgefunden, bevor es in letzter Minute zu einer Einigung kam. Auch in einer Reihe von anderen Branchen gab es konfliktorische und langwierige Tarifauseinandersetzungen: So etwa in der Druckindustrie, wo die IG Medien mit einem umfangreichen Paket manteltariflicher Forderungen angetreten war, aber auch in der Textil- und Bekleidungsindustrie, wo vor allem die Frage der Arbeitszeitflexibilisierung heftig umstritten war. Im nordrhein-westfälischen Brauereigewerbe konnten die Flexi-Forderungen der Arbeitgeber erst durch einen einwöchigen Streik abgewehrt werden. Umfangreiche Warnstreiks gab es bei der Post, dort kämpfte die DPG für die soziale Absicherung bei der Privatisierung von Telekom, Postbank und Postdienst.

Veränderte Arbeitgeberstrategie

Zwei Tendenzen, die bereits 1993 in Ansätzen zu beobachten waren, haben sich in der Tarifrunde 1994 zur systematischen Tarifstrategie weiterentwickelt: Erstmals haben die Arbeitgeber auf breiter Front von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, ihrerseits **Tarifverträge zu kündigen**. In mehr als 20 Tarifbereichen/Wirtschaftszweigen (West- und Ostdeutschlands) war dies in den vergangenen zwei Jahren der Fall. Außerdem sind sie immer öfter dazu übergegangen, bereits vor oder aber während der Verhandlungen eigene, zum Teil sehr **detaillierte Forderungskataloge** aufzustellen. Während sich solche Forderungen in der Vergangenheit zumeist auf die Veränderung der tariflichen Arbeitszeitregelungen bezogen, schlossen sie im vergangenen Jahr auch die Vergütungsbestimmungen (Löhne/Gehälter und zusätzliche Einkommmensbestandteile) mit ein. In rund 40 Tarifbereichen konfrontierten sie die Gewerkschaften mit ihren Vorstellungen, die wohl nur in Ausnahmefällen als rein taktische Verhandlungsmasse in die Tarifrunden eingebracht wurden. Diese veränderte Vorgehensweise ist auf den ersten Blick vor allem der Versuch, die aktuell günstige Ausgangssituation optimal auszunutzen. Bei genauerer Betrachtung zeigt sich allerdings, daß die Zeiten klarer Rollenverteilung, wonach die Gewerkschaften für die Forderungen zuständig sind und die Arbeitgeber ihnen (zumindest partiell) nachkommen, wohl ein für allemal vorbei sind. Auch in der Tarifrunde 1995 haben die Arbeitgeberverbände an der neuen Vorgehensweise festgehalten.

Faktische Nullrunde, Beschäftigungssicherung und Arbeitszeitflexibilisierung

Zusammenfassend betrachtet lassen sich die Ergebnisse der Tarifrunde durch drei Stichworte charakterisieren. (1) In materieller Hinsicht ist es in vielen Tarifbereichen zu einer faktischen Nullrunde gekommen. Zwar steht in vielen Abschlüssen eine Zwei vor dem Komma, aber die große Zahl von Nullmonaten, das Einfrieren bzw. Absenken von Urlaubsgeld und Jahressonderzahlung, veränderte Mehrarbeitszuschlagsregelungen u.a. reduzieren die geringfügige nominale Erhöhung der Grundvergütungen vielfach auf Null oder gar darunter[5]. (2) Auf der Habenseite des Tarifjahres 1994 sind die Regelungen zur Beschäftigungssicherung durch (befristete) Arbeitszeitverkürzung zu buchen. Wenn auch die Bestimmungen offenkundig nur begrenzt in Anspruch genommen wurden, bieten sie doch in vielen Betrieben eine reale Perspektive. (3) Ambivalent sind hingegen Arbeitszeitflexibilisierungs-Maßnahmen wie z.B. die Einführung oder Ausweitung von Arbeitszeitkorridoren. Sie sind keineswegs immer mit effektiven Beschäftigungssicherungsregeln verknüpft, in ihrer Wirkung beschränken sie sich oft auf eine Senkung der Arbeitskosten durch Wegfall von Mehrarbeitszuschlägen.

2. Tarifergebnisse in Zahlen

Im Jahr 1994 haben die DGB-Gewerkschaften für rund 15,1 Mill. Beschäftigte Tarifverträge mit Lohn-, Gehalts- bzw. Entgeltsteigerungen abgeschlossen. Für weitere 2,8 Mill. traten Erhöhungen in Kraft, die bereits im Vorjahr oder früher vereinbart worden waren (vgl. Anhang Tabelle 1).

Die **durchschnittliche Abschlußrate** einschließlich künftiger Stufenerhöhungen betrug **2,1 vH** (vgl. Anhang Tabelle 2). Die Spannweite der Abschlüsse reichte von 0 vH in der Eisen- und Stahlindustrie[6] über 2 vH bei 5 Nullmonaten in der Metallindustrie, 2 vH bei 6 bzw. 8 Nullmonaten im öffentlichen Dienst bis zu 2,4 vH im Bauhauptgewerbe. In einigen Tarifbereichen wurden auch Stufenabkommen abgeschlossen. So gibt es beispielsweise in der Druckindustrie nach 3 Nullmonaten eine zweiprozentige Erhöhung für 12 Monate und anschließend weitere 2 vH für 9 Monate.

---

5 Das führte nach Berechnungen des DIW 1994 zu einer Senkung der Lohnstückkosten in der Gesamtwirtschaft um 1,5 vH gegenüber dem Vorjahr.

6 Die IG Metall verzichtete auf Lohn- und Gehaltsforderungen und vereinbarte statt dessen die vorgezogene Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich (vgl. Punkt 4).

Lohn- und Gehaltsabschlüsse in ausgewählten Tarifbereichen

Tarifbereich	Laufzeit von/bis	Monate	Lohn- und Gehaltsabschluß
Chemische Industrie	11/93 - 01/95[1]	15	2 vH nach 3 Nullmonaten
Metallindustrie	01/94 - 12/94	12	2 vH nach 5 Nullmonaten
Öffentlicher Dienst	01/94 - 03/95	15	2 vH nach 6/8 Nullmonaten
Bankgewerbe	02/94 - 01/95	12	300 DM für Feb./März, 2 vH
Bauhauptgewerbe	04/94 - 03/95	12	2,4 vH
Druckindustrie	04/94 - 03/96	24	2 vH nach 3 Nullmonaten für 12 Monate, weitere 2 vH für 9 Monate
Bekleidungsindustrie	05/94 - 04/95	12	2 vH nach 7 Nullmonaten
Textilindustrie	04/94 - 04/95	13	2 vH[2] nach 6-11 Nullmonaten (regional unterschiedlich),

1) Tarifbereich Nordrhein; Laufzeit regional unterschiedlich. 2) Baden-Württemberg: 0,7 vH
Quelle: WSI-Tarifarchiv

In den Tarifabschlüssen des vergangenen Jahres spielten also "Nullmonate" eine große Rolle. Für rund 10,7 Mill. (71,8 vH) Beschäftigte gab es Tarifverträge mit **verzögerter Erhöhung** der Löhne und Gehälter. Immerhin je ein Viertel der von den Neuabschlüssen betroffenen Beschäftigten mußten 5 oder gar 6 Monate und mehr auf ihre reguläre Tariferhöhung warten. Lediglich für rund 1 Mill. (6,8 vH) gab es Pauschalzahlungen für die verzögerte Tarifanpassung. Der durchschnittliche Betrag der Pauschalzahlung betrug 98 DM im Monat (vgl. Anhang Tabelle 3).

Die **Laufzeit** der Vergütungstarifverträge betrug durchschnittlich 13,4 Monate. Für rund zwei Drittel der Beschäftigten (67,5 vH) laufen die Lohn- und Gehaltstarifverträge über 12 Monate. Rund ein Fünftel (20,7 vH) hat eine Laufzeit von 15 Monaten, dahinter verbirgt sich vor allem der Tarifbereich des öffentlichen Dienstes (vgl. Anhang Tabelle 4).

Die durchschnittliche **Erhöhung der Tarifverdienste 1994** gegenüber dem Vorjahr (kalenderjährliche Erhöhung) betrug gesamtwirtschaftlich **2,0 vH** (vgl. Anhang Tabelle 6). In der oberen Hälfte der Rangreihe liegt der Wirtschaftsbereich Nahrungs- und Genußmittelgewerbe sowie Handel mit 2,9 vH, das Bauhauptgewerbe mit 2,8 vH, die Bereiche Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft sowie Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe mit 2,5 vH und der Bereich Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck mit 2,3 vH. Unterhalb des Durchschnitts liegen die Bereiche Verkehr und Nachrichtenübermittlung mit 1,9 vH, Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe, Investitionsgütergewerbe sowie Verbrauchsgütergewerbe mit jeweils 1,8 vH sowie der Bereich Gebietskörperschaften mit 1,0 vH. Eine jahresbezogene Senkung der Tarifvergütungen weist aufgrund der Einführung von zusätzlichen Freischichten im Steinkohlen-

bergbau der Bereich Energie- und Wasserversorgung, Bergbau mit -0,4 vH auf. Die Spannweite der Tarifsteigerungen fällt noch größer aus, wenn man die Daten für die einzelnen Wirtschaftszweige betrachtet (vgl. Grafik). Sie reicht dann von -3,2 im Bergbau bis zu 3,3 vH im Einzelhandel.

Die **Ausbildungsvergütungen** wurden im vergangenen Jahr ebenfalls nur in bescheidenem Umfang erhöht. Legt man die Vergütung im dritten Ausbildungsjahr in ausgewählten Tarifbereichen zugrunde, dann ergeben sich Steigerungen im Jahresverlauf (31.12.1994 gegenüber Vorjahr) zwischen 0 und 6,4 vH. In drei Bereichen gab es keine Erhöhung, in sechs Bereichen betrug die Anhebung 2 vH, in weiteren acht Bereichen zwischen 2 und 3 vH und in drei Bereichen über 3 vH[7)] (vgl. Anhang Tabelle 10).

Die Forderung nach Kostenentlastung haben die Arbeitgeber vor allem durch Verschlechterungen beim tariflichen **Urlaubsgeld** und bei den **Jahressonderzahlungen** zu erreichen versucht. In einigen Tarifbereichen wurden die entsprechenden Leistungen entweder eingefroren oder sogar absolut gekürzt. Diese Regelungen sind aber durchweg befristet für den Zeitraum von 1 - 3 Jahren (vgl. Tabelle). Materiell am einschneidensten ist wohl die Kürzung der Sonderzahlung in der Eisen- und Stahlindustrie (von 110 vH eines Monatsentgelts auf 76 bzw. 93 vH in 1994 bzw. 1995) sowie in der Metallindustrie (von 30-60 vH auf 20-50 vH in 1994).

Tarifregelungen 1994 zu Urlaubsgeld und Jahressonderzahlung

Tarifbereich	Urlaubsgeld	Jahressonderzahlung Höhe[1]	Jahressonderzahlung Veränderung
Chemische Industrie	-	100 vH	1994-95 eingefroren auf dem Stand von 1993
Eisen- u. Stahlindustrie	-	110 vH	76 vH in 1994 93 vH in 1995
Metallindustrie	1994-96 auf der Berechnungsbasis 31.5.1994[2]	30 - 60 vH	20 - 50 vH in 1994, 1994-96 auf der Basis 31.5.1994[2]
Textilindustrie	keine Dynamisierung 1994		
Bekleidungsindustrie	keine Dynamisierung 1994		
Öffentlicher Dienst	-	100 vH	1994 - 1996 eingefroren auf dem Stand von 1993

1) in vH eines Monatsentgelts 2) D.h. vor Inkrafttreten der Tariferhöhung von 2 vH.
Quelle: WSI-Tarifarchiv

7 Im Steinkohlenbergbau Ruhr wurde die Ausbildungsvergütung im Zusammenhang mit der Beschäftigungssicherung um 5,9 vH gekürzt.

Angesichts der Steigerung der Lebenshaltungskosten um 3 vH bedeuten diese Ergebnisse für die weit überwiegende Mehrheit der Beschäftigten **erhebliche Realeinkommenseinbußen**.

Die **tarifliche Wochenarbeitszeit** hat sich im abgelaufenen Jahr nicht wesentlich geändert. Zwar konnten in einer Reihe von Tarifbereichen in geringem Umfang Verkürzungen der Wochenarbeitszeit durchgesetzt werden, gesamtwirtschaftlich beträgt die geltende tarifliche Wochenarbeitszeit jedoch zum Jahresende 1994 wie im Vorjahr 37,7 Std. Berücksichtigt man auch die bereits vereinbarten, aber noch nicht in Kraft getretenen weiteren Verkürzungen, dann ergibt sich eine Wochenarbeitszeit von 37,5 Std. (vgl. Anhang Tabellen 15 und 16)[8)]. Für rund 3,5 Mill. Beschäftigte bestanden zum Jahresende Regelungen über Arbeitszeitverkürzung in Form von durchschnittlich 3,3 **freien Tagen** (vgl. Anhang Tabelle 17). Hinter diesem Durchschnitt verbergen sich ganz unterschiedliche Regelungen: Im Bereich Gebietskörperschaften, Sozialversicherung haben die Beschäftigten Anspruch auf 2 freie Tage im Jahr, im Bereich des Bergbaus dagegen auf 28,2 Tage. Zwar wird im Bergbau die Zahl der Freischichten abgebaut, in anderen Bereichen steigt die Zahl der freien Tage jedoch, so daß künftig im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt für rund 18,7 vH der Beschäftigten 3,4 freie Tage bestehen. Die tarifliche **Urlaubsdauer** hat sich insgesamt trotz Verbesserungen in einzelnen Tarifbereichen im abgelaufenen Jahr nicht verändert. Der durchschnittliche mittlere Urlaubsanspruch betrug zum Jahresende 1994 weiterhin 29,2 Arbeitstage.

Auf der Basis dieser Komponenten errechnet sich eine gesamtwirtschaftliche tarifliche **Jahresarbeitszeit** von durchschnittlich **1.655,9** Std. (Stand: 31.12.1994)[9)]. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Reduzierung von 3,9 Std. (= 0,2 vH). Nach wie vor streuen die wirtschaftszweigbezogenen Jahresarbeitszeiten erheblich um diesen Durchschnitt: Die kürzeste Jahresarbeitszeit weist 1994 der Bergbau mit 1.548,4 Std. auf[10)], gefolgt von der Eisen- und Stahlindustrie mit 1.559,8 Std. und der metallverarbeitenden Industrie mit 1.575,9 Std.. Am unteren Ende der Skala befinden sich die Lederindustrie mit 1.719,9 Std., das Hotel- und Gaststättengewerbe mit 1.762,5 Std. und die Landwirtschaft mit 1.788,6 Std. Das heißt, die längste Jahresarbeitszeit von 1.788,6 Std. liegt rund 240 Std. oder 15,5 vH über der kürzesten Jahresarbeitszeit mit 1.548,4 Std. (vgl. Anhang Tabelle 19).

---

8 Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Verlängerung um 0,1 Std. Diese ergibt sich daraus, daß die Metallindustrie mit der tariflich vereinbarten 35-Stunden-Woche mit einer stark reduzierten Beschäftigtenzahl (-300.000 AN) in den gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt eingeht.

9 Vgl. zur Berechnungsmethode Tabelle 19, Fußnoten 3 und 4.

10 Hier spielen wiederum die Freischichten zur Beschäftigungssicherung eine entscheidende Rolle.

Die Gewerkschaften verfügen hinsichtlich der Wochenarbeitszeit wie auch des Urlaubs durchaus über tarifliche Handlungsmöglichkeiten. Bis einschließlich 1995 sind die tariflichen Wochenarbeitszeiten für rund 9,7 Mill. Beschäftigte (52,2 vH) und die tariflichen Urlaubsregelungen für rund 10 Mill. Beschäftigte (54,2 vH) kündbar.

3. Tarifliche Arbeitszeitregelungen

In zahlreichen Wirtschaftszweigen haben tarifliche Arbeitszeitregelungen eine wichtige Rolle bei den Verhandlungen wie den Abschlüssen gespielt. Zwar haben in der Öffentlichkeit die Vereinbarungen zur befristeten Arbeitszeitverkürzung bei Metall und anderen Branchen ein besonderes Interesse gefunden, tatsächlich war das Spektrum der Regelungen jedoch weitaus breiter. Systematisch lassen sich folgende Typen von Arbeitszeitregelungen unterscheiden:

- Verkürzung der Wochenarbeitszeit
- Vorziehen vereinbarter Arbeitszeitverkürzung
- befristete (optionale) Arbeitszeitverkürzung
- Arbeitszeitkorridor
- Jahresarbeitszeit und Arbeitszeitkonto

Verkürzung der Wochenarbeitszeit

In einigen Tarifbereichen konnten auf dem Weg zur 35-Stunden-Woche weitere, zumeist kleinere Erfolge erzielt werden. Zu nennen ist insbesondere die Vereinbarung der 38-Stunden-Woche für die Deutsche Bahn AG in West- und Ostdeutschland ab Juli 1995. Weitere Verkürzungen gibt es u.a. in verschiedenen Bereichen des Metallhandwerks (Heizung, Kfz, Elektro, Klempner) meist von 37 auf 36 Stunden zum Teil in Stufen bis 1997 bzw. 1998. Im Groß- und Außenhandel Niedersachsen wurde eine Arbeitszeitverkürzung für ältere Arbeitnehmer um eine halbe Stunde (z.Zt. 38,5 Std.) bei vollem Lohnausgleich ab 1997 vereinbart.

Vorziehen vereinbarter Arbeitszeitverkürzung

Zur Sicherung der Beschäftigung wurde in einigen Tarifbereichen auch das Vorziehen bereits vereinbarter Stufen der Wochenarbeitszeitverkürzung vereinbart. So einigten sich die Tarifparteien in der Eisen- und Stahlindustrie darauf, die ursprünglich für den 1.4.1995 vorgesehene Einführung der 35-Stunden-Woche auf den 1.4.1994 vorzuziehen. Es wurde ein Lohnausgleich von 4,29 vH vereinbart, im übrigen wurden die Lohn-

und Gehaltstarifverträge verlängert. In der Feinstblechpackungsindustrie Nord wurde die vereinbarte Verkürzung von 36 auf 35 Stunden um ein halbes Jahr auf den 1.1.1995 vorgezogen. Im Schlosser- und Schmiedehandwerk Baden-Württemberg wurde festgelegt, daß die für den 1.6.1996 vorgesehene Arbeitszeitverkürzung von 37 auf 36 Stunden durch Betriebsvereinbarung auf den 1.4.1994 bei einer Entgeltkürzung von 1,4 vH vorgezogen werden kann. Eine ähnliche Regelung gibt es für den Tarifbereich Feinwerktechnik und das Kfz-Gewerbe in Baden-Württemberg.

Befristete (optionale) Arbeitszeitverkürzung

Regelungen zur befristeten Arbeitszeitverkürzung wurden in verschiedenen Tarifbereichen vereinbart. Während die bereits erwähnten Regelungen bei Volkswagen (4-Tage-Woche) und im Steinkohlenbergbau Ruhr (bis zu 27 Freischichten) zwingend für alle Beschäftigten gelten, handelt es sich bei den Bestimmungen in den übrigen Tarifbereichen um Optionen, die der Tarifvertrag den Betrieben anbietet. Neben den Regelungen für die Metallindustrie (vgl. Punkt 4) gibt es entsprechende Vereinbarungen in folgenden Wirtschaftszweigen/Tarifbereichen (z.T. regionale Bereiche): Eisen- und Stahlindustrie, papierverarbeitende Industrie, Groß- und Außenhandel, genossenschaftlicher Großhandel, Nahrungsmittelgroßhandel, Modellbauerhandwerk, Feinstblechpackungsindustrie[11)].

Über die Beschäftigungseffekte dieser Regelungen liegen nur einzelne Erkenntnisse vor: Eine Ifo-Untersuchung im Auftrag von Gesamtmetall gibt für die **Metallindustrie** die Beschäftigungswirkung mit rund 50.000 an. Eine Erhebung der IG Metall kam in einer Zwischenbilanz auf etwa 33.000 Beschäftigte, für die Betriebsvereinbarungen über Arbeitszeitabsenkungen vereinbart wurden. Die Anzahl der verhinderten Entlassaungen beträgt danach rund 7.400, die Anzahl der gesicherten Arbeitsplätze rund 19.400.

Arbeitszeitkorridor

In einigen Tarifbereichen wurde die Möglichkeit geschaffen bzw. erweitert, von der regelmäßigen Wochenarbeitszeit nach unten und oben abzuweichen ("Arbeitszeitkorridor"). Die bekannteste Vereinbarung betrifft die chemische Industrie, die bei einer regelmäßigen Wochenarbeitszeit von 37,5 Stunden einen Arbeitszeitkorridor von 35 bis 40 Stunden zuläßt. Korridorregelungen gibt es u.a. auch in folgenden Tarifbereichen: Erwerbsgartenbau Bayern (WAZ 39 Std. +/- 3 Std.), Baumschulen Bayern (39 +/-

11 Vgl. genauer *Rosdücher, J.; Seifert, H.,* Temporäre Arbeitszeitverkürzungen zur Beschäftigungssicherung - Ein neuer beschäftigungspolitischer Ansatz ?, in: WSI-Mitteilungen 12/1994.

2), Kautschukindustrie (37,5 +/- 2,5), papiererzeugende Industrie (38 +1/-3), feinkeramische Industrie (38 +/- 2), Klempnerhandwerk Pfalz (38 Std. +1/-3), ledererzeugende Industrie (37,5 +/- 3), Groß- und Außenhandel Saar (38,5 +3,5/-3,5) privates Transport- und Verkehrsgewerbe Niedersachsen (39 +6/-4)[12].

Für die chemische Industrie ergab eine Umfrage in 862 Betrieben mit rund 503.000 Beschäftigten: In 27,8 vH der Betriebe wurde vom Arbeitszeitkorridor Gebrauch gemacht. Rund 5,2 vH der Betriebe nutzten die Möglichkeit zu verkürzter Arbeitszeit unterhalb der 37,5 Stunden, rund 24,5 vH verlängerten die Wochenarbeitszeit. Immerhin 10,5 vH der Betriebe dehnten ihre Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden aus[13].

Jahresarbeitszeit und Arbeitszeitkonto

In einigen wenigen Tarifbereichen wurden auch Regelungen zur Jahresarbeitszeit bzw. zu Arbeitszeitkonten getroffen bzw. verändert. Für die **Landwirtschaft Nordrhein** wurde die bereits bestehende Jahresarbeitszeitregelung neugefaßt: Danach beträgt die regelmäßige jährliche Arbeitszeit für Vollzeitbeschäftigte 2.088 Stunden, die Verteilung auf die einzelnen Arbeitswochen und Werktage ist betrieblich zu vereinbaren. Für jeden Arbeitnehmer wird ein individuelles Arbeitszeitkonto angelegt, auf diesem Konto können bis zu 520 Stunden angesammelt werden, die durch Freizeit auszugleichen sind[14]. In der **Süßwarenindustrie** wurde vereinbart, daß die regelmäßige Arbeitszeit von 38 auf bis zu 45 Stunden in der Woche ohne Mehrarbeitszuschlag ausgedehnt werden kann. Die entsprechende Arbeitszeit wird einem Arbeitszeitkonto gutgeschrieben, auf dem bis zu 65 Arbeitstage angesammelt werden dürfen. Je Stunde erhalten die Beschäftigten einen Belastungsausgleich zwischen 15 und 25 vH. Bei der **Deutschen Bahn AG** wurde über eine sog. Bahnwahlarbeitszeit (BAWAZ) verhandelt, die auf die Einführung von persönlichen Wahlarbeitszeiten auf Jahresbasis zielt. Zunächst soll eine Erprobung in ausgewählten Betrieben stattfinden, später ist die Übertragung auf das gesamte Unternehmen geplant.

Ausgleichszeitraum

Der bereits seit einigen Jahren beobachtbare Trend, den Ausgleichszeitraum zum Erreichen der regelmäßigen Wochenarbeitszeit zu verlängern, setzte sich fort. In der Me-

12 Befristet bis 31.12.1994 ohne Nachwirkung.

13 Zahlen wiedergegeben in: IG Chemie-Papier-Keramik Vorstandsbereich Tarifpolitik - Humanisierung, Tarifbericht 1994, S. 18.

14 Dabei handelt es sich um solche Stunden, die über die durchschnittliche Wochenarbeitszeit von 40 Stunden hinausgehen (Mehrarbeit) und die nicht mit Minderarbeitsstunden verrechnet werden dürfen.

tallindustrie, in der Textilindustrie[15)] und in der Bekleidungsindustrie wurde er von auf 12 Monate verlängert, im öffentlichen Dienst von 8 auf 26 Wochen. Damit vergrößert sich das Flexibilisierungspotential bei der Arbeitszeitgestaltung, ohne daß das Instrument der Mehrarbeit eingesetzt werden muß.

4. Ausgewählte Tarifrunden

Chemische Industrie

Die chemische Industrie gelangte geradezu zwangsläufig in eine Vorreiterrolle für die anlaufende Tarifrunde 1994, denn die Laufzeiten der regionalen Entgeltabkommen endeten zum 31.10., 30.11. und 31.12.1993. Die IG Chemie **forderte** bei den Entgelten einen **Ausgleich der Preissteigerungsrate**, der jedoch nicht beziffert wurde, sowie Verhandlungen über beschäftigungssichernde Maßnahmen.

Die Verhandlungen begannen am 3.11.1993 und endeten nach drei ergebnislosen Runden Anfang Januar in der Schlichtung, die nach langwierigen Verhandlungen am 11.1. für den Bezirk Nordrhein zu einem Ergebnis führte[16)]. Danach wurden die Entgelte und Ausbildungsvergütungen nach **3 Leermonaten** ab dem 1.2.1994 um **2 vH** erhöht bei einer Laufzeit bis zum 31.1.1995. Die Jahressonderzahlung (Weihnachtsgeld) 1994 und 1995 wird auf der Basis von 1993 berechnet und damit eingefroren. Der dort erzielte Abschluß wurde auf die anderen Bezirke übertragen.

Außerdem wurden **niedrigere Einstellbezüge** vereinbart, "um die Beschäftigung und die praktische Eingliederung von Arbeitnehmern zu fördern". Arbeitnehmer der Entgeltgruppen E1-E9, deren unbefristetes Arbeitsverhältnis nach dem 1.2.1994 beginnt, erhalten im 1. Beschäftigungsjahr 95 vH der sonst geltenden tariflichen Entgeltsätze. Für extern ausgebildete Berufsanfänger der Entgeltgruppen E10-E13 gilt ein Tarifentgelt von 92,5 vH im 1. Beschäftigungsjahr. Auch hier ist die unbefristete Einstellung Voraussetzung. Für Arbeitnehmer, die vor der Einstellung sechs Monate arbeitslos gewesen sind oder in den 24 Monaten vor der Einstellung 12 Monate oder länger in keinem Arbeitsverhältnis gestanden haben, beträgt das Tarifentgelt im 1. Beschäftigungsjahr 90 vH. Diese Regelung gilt auch für befristete Arbeitsverhältnisse. Die gesamte Regelung ist (zunächst) befristet auf die Laufzeit des Entgelttarifvertrages.

---

15 Ausnahme Bereich Noirdrhein: 42 Wochen.

16 Vgl. dazu auch die Darstellung und Kommentierung der Gewerkschaft selbst in: *IG Chemie-Papier-Keramik, Abt. Tarifpolitik*, Tarifabschluß Chemie - Schlichtungsspruch vom 10. Januar 1994.

Der **Flexibilitätsspielraum bei der Arbeitszeitgestaltung** wurde **erweitert**: Für einzelne Arbeitnehmergruppen oder mit Zustimmung der Tarifvertragsparteien für größere Betriebsteile oder ganze Betriebe kann im Einvernehmen zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat abweichend von der tariflichen Wochenarbeitszeit eine bis zu zweieinhalb Stunden längere oder kürzere regelmäßige Arbeitszeit festgelegt werden. Damit ergibt sich eine Schwankungsbreite von 35 bis 40 Stunden, eine halbe Stunde mehr, als der Manteltarifvertrag bislang bereits vorsah (vgl. zur Anwendung dieser Bestimmungen Punkt 3.)[17].

Ein weiterer Bestandteil des Gesamtergebnisses der Schlichtung sind die **Empfehlungen zur Beschäftigungsförderung**. Darin fordern die Tarifparteien die Betriebe auf, bei Beschäftigungsproblemen folgende Möglichkeiten in ihre Entscheidungsprozesse prüfend einzubeziehen: flexible Arbeitszeit (insbesondere Verteilzeitraum 12 Monate, zehnstündige tägliche Arbeitszeiten), Arbeitszeitdifferenzierung (Schwankungsbreite von +/- 2,5 Stunden), Freizeitausgleich von Mehrarbeit, Kurzarbeit, Teilzeitarbeit (u.a. freiwillige Herabsetzung der Arbeitszeit für ältere ArbeitnehmerInnen), unbezahlte Freistellung von der Arbeit, berufliche Weiterbildung.

Eine Erhebung der IG Chemie zur Anwendung der niedrigeren Einstellbezüge ergab für den Zeitraum von Januar bis September 1994 folgendes: Von den 22.891 Neueingestellten wurden 3.180, das entspricht 13,9 vH, mit reduzierten tariflichen Einstellbezügen eingestellt; und zwar rund 9,1 vH mit 95 vH, 0,65 vH mit 92,5 vH und 4,1 vH mit 90 vH des normalen tariflichen Entgelts[18].

Metallindustrie

Mit der Kündigung der tariflichen Urlaubsabkommen Ende September 1993 sowie der Lohn- und Gehaltstarifverträge signalisierten die Arbeitgeber ihre politische Absicht, die IG Metall in dieser Tarifrunde vollständig auf die Knie zu zwingen. Erstmals in der tarifpolitischen Nachkriegsgeschichte wurde für einen zentralen Flächentarifbereich eine (drastische) Reduzierung tariflicher Leistungen gefordert. So sollte der Anspruch auf das tarifliche Urlaubsgeld gestrichen und eine weitere nachhaltige Kostensenkung durch eine Änderung der Urlaubsrahmen- und der Arbeitszeitbestimmungen erreicht werden. Die IG Metall bewertete dieses Vorgehen als "Frontalangriff" und "Gefahr für

17 Die Mehrarbeitszuschlagsregelung wurde in diesem Zusammenhang verändert: Bislang war der Anknüpfungspunkt auch bei differenzierter Arbeitszeit immer die Überschreitung der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit von 37,5 Stunden, künftig richtet sich die Zuschlagspflicht nach der jeweils für einzelne Gruppen, Betriebsteile oder Betriebe festgelegten Arbeitszeit.

18 Vgl. die Angaben bei IG Chemie-Paier-Keramik Vorstandsbereich Tarifpolitik - Humanisierung, Tarifbericht 1994, S. 17.

den sozialen Frieden". Sie setzte ihre eigenen Forderungen dagegen: Erhöhung der Löhne und Gehälter regional unterschiedlich um 5,5 bis 6 vH sowie beschäftigungssichernde Maßnahmen. Zu diesen zählten u.a. ein Ausschluß von betriebsbedingten Kündigungen für 12 Monate ("Moratorium"), Vorziehen der bereits tariflich vereinbarten 35-Stunden-Woche, Qualifizierung bei Kurzarbeit, Übernahme der Auszubildenden.

Nach über 30 (!) regionalen Verhandlungsrunden, nach mehreren Spitzengesprächen zwischen IG Metall und Gesamtmetall, nach umfangreichen Warnstreiks und nach einem Urabstimmungsergebnis von über 92 vH für Streik im Tarifgebiet Niedersachsen einigten sich IG Metall und Gesamtmetall am **5.3.1994** auf folgendes **Verhandlungsergebnis**, das anschließend von den regionalen Tarifparteien übernommen wurde:

- Die Löhne und Gehälter steigen nach 5 Nullmonaten ab dem 1.6.1994 um 2 vH bei einer Laufzeit bis 31.12.1994[19)].
- Die Jahressonderzahlung wird 1994 einmalig in allen Stufen um 10 Prozentpunkte gekürzt[20)]. Dabei wird die Sonderzahlung in den Jahren 1994 bis 1996 auf der Basis vom 31.5.1994, also vor der zweiprozentigen Erhöhung, und ohne Berücksichtigung von Mehrarbeitsvergütung und Mehrarbeitszuschlägen berechnet.
- Die tariflichen Regelungen zu Urlaub, Urlaubsvergütung und zusätzlichem Urlaubsgeld werden wieder in Kraft gesetzt. Auch hier wird für die Jahre 1994 bis 1996 als Stichtag für die Berechnungsbasis der 31.5.1994 zugrunde gelegt.
- Der Ausgleichszeitraum für das Erreichen der durchschnittlichen tariflichen Wochenarbeitszeit von 36 Stunden wird von 6 Monaten auf ein Jahr verlängert.

Darüber hinaus wurde folgende Vereinbarung zur **Beschäftigungssicherung** getroffen: Die Betriebsparteien können durch freiwillige Betriebsvereinbarungen die Wochenarbeitszeit auf bis zu 30 Stunden absenken. Erfolgt dies für *alle* Beschäftigten eines Betriebes, ist eine betriebsbedingte Kündigung für die Dauer der Vereinbarung ausgeschlossen. Die Löhne und Gehälter vermindern sich entsprechend der gekürzten Arbeitszeit. Erfolgt dies für *einzelne* Betriebsteile oder Arbeitnehmergruppen, so wird ein Teillohnausgleich, gestaffelt nach der Verkürzung der Arbeitszeit, gezahlt[21)]. Ein Ausschluß betriebsbedingter Kündigungen ist in diesem Fall nicht gegeben. Um ein Absinken der Monatslöhne und -gehälter zu vermeiden, können die Betriebsparteien Aus-

19 Das entspricht umgerechnet auf 12 Monate einer Steigerung um 1,17 vH.

20 Dies bedeutet eine Sonderzahlung je nach Betriebszugehörigkeit von 20-50 vH eines Monatsentgelts statt bisher 30-60 vH.

21 Er beträgt bei einer wöchentlichen Arbeitszeit von 35/34/33/32/31/30 Stunden 1,0/2,1/3,2/4,4/5,6/7,0 vH.

gleichszahlungen vereinbaren, die mit dem zusätzlichen Urlaubsgeld bzw. der Jahressonderzahlung verrechnet werden. Schließlich wurde vereinbart, daß die Auszubildenden nach erfolgreich bestandener Abschlußprüfung "im Grundsatz" für mindestens 6 Monate übernommen werden[22].

Diese Vereinbarung zur Beschäftigungssicherung trat am 1.4.1994 in Kraft und läuft zum Jahresende 1995 ohne Nachwirkung aus. Die Tarifparteien werden spätestens am 1.10.1995 Gespräche darüber aufnehmen, ob und wie diese Vereinbarung über die vereinbarte Laufzeit hinaus weitergeführt werden soll.

Öffentlicher Dienst

Die Lohn- und Gehaltstarifverträge für den öffentlichen Dienst liefen zum 31.12.1993 aus. Erstmals wurde für West- und Ostdeutschland zeitgleich und gemeinsam verhandelt. Die Große Tarifkommission der ÖTV beschloß am 16.12. folgende Forderungen: (1) Einkommenserhöhung "mit sozialer Orientierung" im Gesamtvolumen von 4 vH. Dabei sollten Beschäftigte mit niedrigen und mittleren Einkommen "in stärkerem Maße" Anteil an der Erhöhung haben; (2) ein "deutlicher Schritt" zur Angleichung der Löhne und Gehälter in Ostdeutschland und volle Übertragung des West-Ergebnisses.

In der 1. Verhandlungsrunde am 21.1.1994 kam es - wie üblich - zum Austausch der Grundsatzpositionen. Doch die Arbeitgeber lehnten nicht nur die Gewerkschaftsforderung ab, sie forderten ihrerseits teils eine Nullrunde, so Bundesinnenminister Kanther und NRW-Finanzminister Schleußer, teils eine "rote Null", das heißt eine Minusrunde, so der Duisburger Oberstadtdirektor Klein für die kommunalen Arbeitgeber. Er war es auch, der einen "Gruselkatalog" (ÖTV) von 12 Einzelforderungen vorlegte, die unter dem Strich zu Kostenentlastungen führen sollten. Dazu gehörten u.a. Streichen der zwei freien Tage, Kürzung von Überstundenzuschlägen und Schichtzulagen, Abbau von Prämien und Leistungszulagen, Verschlechterung der Lohnfortzahlung, Sondertarife für ABM-Beschäftigte.

In die weiteren Verhandlungen brachte die ÖTV eine "Initiative zur Beschäftigungssicherung" ein. Sie beinhaltete den Anspruch auf Qualifizierung und die Vereinbarung eines Tarifvertrages zum Rationalisierungsschutz in den neuen Ländern, die Schaffung von mehr Teilzeitmöglichkeiten und eine Soziale Arbeitszeitverteilung, die durch örtliche bzw. regionale Tarifverträge gestaltbar ist. Nach wie vor blieb ein konkretes Ar-

22 Davon kann mit Zustimmmung des Betriebsrats abgewichen werden, wenn wegen akuter Beschäftigungsprobleme das Angebot eines Arbeitsplatzes nicht möglich ist oder der Betrieb über seinen Bedarf hinaus Ausbildungsverträge abgeschlossen hat.

beitgeberangebot aus. In der 4. Verhandlungsrunde, die vom **9.-11.3.**, also nach der Einigung bei Metall stattfand, gelang der **Abschluß**, der folgende Elemente beinhaltete (zum Ergebnis für die neuen Bundesländern vergleiche Punkt 2.1.):

- Nach 6 bzw. 8 Nullmonaten: 2 vH Lohn- und Gehaltserhöhung ab 1.7. für alle ArbeiterInnen, die Angestellten der unteren und mittleren Vergütungsgruppen (X-Vc und Kr.I-Va BAT) sowie für alle Auszubildenden, ab 1.9. für die Angestellten der übrigen Vergütungsgruppen (Vb-I und Kr.VI-XIII BAT). Die Laufzeit von 15 Monaten endet am 31.3.1995.
- Einfrieren der Berechungsgrundlage für das 13. Monatseinkommen (100 vH) auf der Basis 1993 für die Jahre 1994-1996.
- Erweiterung der Teilzeitbeschäftigungsmöglichkeiten: Anspruch auf Teilzeitarbeitsplatz für max. 5 Jahre für Beschäftigte mit Kindern unter 18 Jahren bzw. mit pflegebedürftigen Angehörigen.
- Verlängerung des Ausgleichszeitraums der regelmäßigen Wochenarbeitszeit von 8 auf 26 Wochen.
- Gehaltsfortzahlung im Krankheitsfall statt bis zu 26 Wochen künftig bis zu 6 Wochen, danach Zuschuß zum Krankengeld.
- Grundsätzliche Übernahme der Auszubildenden für 6 Monate (Ausnahmen nur, falls über Bedarf ausgebildet wird).
- Aufnahme von Tarifverhandlungen über zusätzliche Beschäftigung sowie über die Einführung leistungsbezogener Entlohnungsbestandteile.

Privates Bankgewerbe

Das Bankgewerbe verzeichnete 1993 ein glänzendes Geschäftsjahr, der Zuwachs des Betriebsergebnisses lag bei den Geschäftsbanken durchweg im zweistelligen Bereich, aber die Banken-Arbeitgeber machten von Anfang an deutlich, daß sie keineswegs zu einem branchenspezifischen Abschluß bereit waren, der diese überaus günstigen Rahmenbedingungen in Rechnung stellte. Die Forderungen, die die HBV im Dezember 1993 aufstellte, umfaßten im wesentlichen: (1) Erhöhung der Gehälter um 270 DM, (2) Arbeitszeitverkürzung von 39 auf 37 Stunden, in einer späteren zweiten Stufe auf 35 Stunden, (3) Recht auf individuelle Gestaltung der Arbeitszeit zwischen 20 und 37 Stunden.

Die ersten beiden Verhandlungsrunden am 21.1. und 9.2. blieben ohne konkretes Angebot der Arbeitgeber. Nachdem auch die 3. Verhandlungsrunde am 24.2. ohne Ergebnis blieb, kündigte die Gewerkschaft die Mobilisierung der Belegschaften an. Mit Warnstreiks, an denen sich mehrere tausend Beschäftigte in verschiedenen Städten im ge-

samten alten Bundesgebiet beteiligten, sollte der Druck auf die Arbeitgeber erhöht werden. Am **17.3.**, eine Woche nach dem Abschluß im öffentlichen Dienst, gelang in der 4. Runde dann die **Einigung**. Das Ergebnis sah im einzelnen folgendermaßen aus:

- 300 DM Pauschalzahlung für die Monate Februar und März 1994,
- 2 vH mehr Gehalt ab dem 1.4.1994 und eine Anhebung der Ausbildungsvergütungen um 25 bzw. 30 DM mit einer Laufzeit bis Ende Januar 1995,
- Begründungspflicht der Arbeitgeber für die Ablehnung von Umwandlungswünschen von Vollzeit auf Teilzeit bzw. umgekehrt,
- Festschreibung der bisherigen Kündigungsfristen.

Die Gewerkschaft HBV bezeichnete diesen Abschluß als "gerade noch hinnehmbar" und warf den Arbeitgebern vor, die Gunst der Stunde "schamlos" ausgenutzt zu haben. Daß diese Einschätzung den Sachverhalt trifft, geht auch aus der Kommentierung in der Tagespresse hervor. "'Branchenspezifisch' ist dieser Abschluß nicht", merkte die FAZ an und fügte kritisch hinzu: "Eine Einheitszahl im Geleitzug war in der Tarifpolitik noch nie gut."[23)] Und das Handelsblatt präzisierte mit Hinweis auf die Tariferhöhung von 3,3 vH im Einzelhandel: "Ein solcher Abschluß hätte auch die Banken nicht überfordert."[24)]

Baugewerbe

Auch das Baugewerbe gehörte zu den Wirtschaftszweigen, die trotz allgemeiner Rezession in guter Verfassung sind. Die IG Bau-Steine-Erden stellte in ihren Forderungen auch auf diesen Tatbestand ab und verlangte eine Erhöhung der Löhne und Gehälter um 6 vH. Außerdem sollte ein konkreter Einstieg in die Verhandlungen zum Thema "ganzjährig gesichertes Einkommen" gemäß der Vereinbarung aus der Rahmentarifrunde 1992 nach der Einkommenstarifrunde 1994 erfolgen. Die Einkommen in der ostdeutschen Bauwirtschaft sollten auf 100 vH der Westtarife angehoben werden. In der 1. Verhandlungsrunde am 17.2. legten die Arbeitgeber zwar kein Angebot vor, machten aber deutlich, daß sie keine Nullrunde anstrebten. Auch die 2. Runde am 10.3. blieb ohne Arbeitgeberangebot. Die Verhandlungsparteien vereinbarten jedoch, unmittelbar nach Abschluß der Lohnrunde gemeinsame Konzepte für ein gesichertes Ganzjahreseinkommen zu erarbeiten. Die 3. Verhandlungsrunde am **25./26. 3.** stand unter dem Eindruck des relativ niedrigen Abschlusses im florierenden Bankgewerbe. Arbeitgeber und IG Bau einigten sich auf folgenden **Abschluß** (vergleiche zum ostdeutschen Ergebnis Punkt 2.1):

23 "Im Geleitzug", in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 65 vom 18.3.1994.

24 *Thelen, P.*, Wenn die Kraft nicht reicht, in: Handelsblatt Nr. 55 vom 18./19.3.1994.

- Erhöhung der Löhne und Gehälter um 2,4 vH ab dem 1.4. bei einer Laufzeit von 12 Monaten,
- Die Baufacharbeiter erhalten zusätzlich 0,03 DM/Stunde, so daß sich eine Steigerung um insgesamt 2,5 vH ergibt.
- Auch die Angestellten in den unteren drei Gehaltsgruppen erhalten diesen Aufschlag von 0,1 vH.

Damit erreichte die IG Bau-Steine-Erden den höchsten Abschluß, der in einem der großen Tarifbereiche durchgesetzt werden konnte. Gewerkschaftsvorsitzender Köbele vertrat die Auffassung, daß ohne die Vorgabe des Bankabschlusses eine Tarifsteigerung von 2,9 vH erzielt worden wäre. In der Tarifkommission stimmten 61 vH dem Tarifergebnis zu.

Eisen- und Stahlindustrie

Die Tarifrunde fand vor dem Hintergrund der anhaltenden und tiefgreifenden Branchenkrise in der Eisen- und Stahlindustrie statt[25]. Die akute Gefährdung einzelner Stahlstandorte und die drohende Entlassung Tausender von Stahlbeschäftigten veranlaßten die IG Metall erstmals, auf eine Forderung nach Erhöhung der Löhne und Gehälter zu verzichten und die Tarifverträge *nicht* zu kündigen. Die Große Tarifkommission beschloß am 22.3., statt dessen mit den Arbeitgebern unmittelbar in Verhandlungen über alle Möglichkeiten zur Sicherung von Beschäftigung und zur Übernahme von Auszubildenden einzutreten[26]. Um betriebsbedingte Kündigungen zu vermeiden, kämen vor allem folgende Möglichkeiten in Betracht: (1) Vorziehen der vereinbarten 35-Stunden-Woche, (2) darüber hinausgehende, auf die jeweiligen betrieblichen Verhältnisse angepaßte Modelle der Arbeitszeitverkürzung, (3) Recht auf individuelle Verkürzung der Arbeitszeit, u.a. freiwillige Regelungen zum "Gleitenden Vorruhestand", (4) Ausgleich von Mehrarbeit und Mehrarbeitszuschlägen ausschließlich in Freizeit.

Die Arbeitgeber erklärten sich in der 1. Runde am 12.4. bereit, über die 35-Stunden-Woche zu verhandeln, lehnten aber einen Lohnausgleich dafür ab. Außerdem sollten Mehrarbeitszuschläge künftig erst ab der 38. Wochenstunde gezahlt werden, die vier Freischichten für Nachtschichtarbeiter entfallen und die Möglichkeit zur Vereinbarung der 40-Stunden-Woche für einzelne Arbeitnehmer geschaffen werden. Bereits in der 2. Verhandlungsrunde einigten sich Stahlarbeitgeber und IG Metall am **23.4.** nach zweitägigen Verhandlungen auf folgendes **Ergebnis**:

25 Vgl. *Schmidt, N.,* Stahlindustrie: Massiver Einbruch, in: Der Gewerkschafter 2/94, S. 42 ff.

26 Die Tarifkommission befürwortete dieses Konzept mit 72 Ja-Stimmen bei 12 Gegenstimmen.

- Vorziehen der ursprünglich für den 1.4.1995 vorgesehenen 35-Stunden-Woche auf den 1.5.1994 mit einem Lohnausgleich von 4,29 vH,
- Verlängerung der bestehenden Einkommenstarifverträge ohne Erhöhung,
- Reduzierung der Jahressonderzahlung zur weiteren Kompensation der vorgezogenen Arbeitszeitverkürzung von 110 vH eines Monatseinkommens auf 76 vH in 1994 und 93 vH in 1995,
- Abschluß eines Tarifvertrages "Beschäftigungssicherung" mit der Möglichkeit zur weiteren Reduzierung der Arbeitszeit auf bis zu 32 Stunden ohne Lohnausgleich durch Betriebsvereinbarung bis längstens 31.5.1996,
- Grundsätzliche Übernahme der Auszubildenden für mindestens 6 Monate, in hüttenspezifischen Berufen für 12 Monate,
- Ausbau von Teilzeitarbeitsplätzen.

Möglich ist auch die einzelvertragliche Verlängerung der Wochenarbeitszeit auf bis zu 40 Stunden. Sie bedarf jedoch der Zustimmung des Betriebsrates.

Das Ergebnis fand keine durchgängig positive Aufnahme. Der Tarifabschluß "erreicht die Schmerzgrenze der Beschäftigten im Stahl", hieß es in der Tarifkommission, die den Abschluß schließlich mit 57 Ja-Stimmen bei 11 Gegenstimmen akzeptierte[27)].

Druckindustrie

Die diesjährige Tarifrunde in der Druckindustrie gehört sicherlich zu den schwierigsten, die die IG Medien in diesem Wirtschaftszweig je durchzustehen hatte. Anders als in den meisten übrigen Tarifbereichen stand in der Druckindustrie nicht nur eine Lohnrunde an, sondern die IG Medien hatte zuvor ein umfangreiches Forderungspaket zum gekündigten Manteltarifvertrag (MTV) vorgelegt, das u.a. beinhaltete[28)]: Entlastung für Schichtarbeiter einschließlich einer Tarifrente für Nachtarbeit, Verbesserung des Gesundheitsschutzes, Beteiligungsrechte jedes Beschäftigten, vor allem in Fragen der Arbeitszeitgestaltung, Schutz für Teilzeitbeschäftigte, Frauengleichstellung, arbeitszeitverkürzende Bestimmungen zur Beschäftigungssicherung.

---

27 Kurz nach dem Tarifabschluß einigten sich die Unternehmen der nordrhein-westfälischen Stahlindustrie, die IG Metall und die Landesregierung NRW auf ein Finanzpaket von 180 Millionen DM zur Überbrückung und Abfederung der Krise in der Stahlindustrie, die für Qualifizierungsmaßnahmen sowie für Forschung und technologische Entwicklung verwendet werden sollen. Die Stahlarbeitgeber verpflichteten sich, auf betriebsbedingte Kündigungen zum Personalabbau vorläufig zu verzichten.

28 Vgl. *IG Medien*, Hauptvorstand Abt. Tarifpolitik, Forderungen Manteltarifvertrag für die gewerblichen ArbeitnehmerInnen der Druckindustrie, Stuttgart, Juni 1993.

Diese Forderungen lösten bei den Arbeitgebern gleichsam einen Sturm der Entrüstung aus. Sie verdächtigten die IG Medien, die Planwirtschaft durch die Hintertür einführen zu wollen, und warfen ihr vor, die Druckbetriebe durch drastische Kostensteigerungen in den Ruin zu treiben. In der 1. Verhandlungsrunde zum MTV am 1.12.1993 weigerten sie sich rundheraus, auch nur über einen einzigen Punkt zu verhandeln. Diesen Verhandlungsboykott suchte die IG Medien über die Anrufung der Schlichtung aufzubrechen. Der Versuch mißlang, bei der 1. Schlichtungsverhandlung am 8.2. forderte der Bundesverband Druck die Gewerkschaft auf, ihr gesamtes Forderungspaket vom Tisch zu nehmen. Die Schlichtung war damit gescheitert.

Es schloß sich die Lohnrunde an, die Verträge waren zum 31.3.1994 gekündigt worden. Die Gewerkschaft forderte Einkommensverbesserungen von 5 vH, eine zusätzliche Anhebung der unteren Gruppen, das Vorziehen der 35-Stunden-Woche sowie weitere Maßnahmen zur Sicherung der Beschäftigung. Nachdem die Verhandlungen am 16. und 23.3. zu keinem Ergebnis führten, erklärten die Arbeitgeber das Scheitern. Es kam zur Schlichtung. In der 4. Schlichtungsrunde am 2./3. Mai machte der Schlichter, der Präsident des Bundessozialgerichts Heinrich Reiter, den Vorschlag, die Wiederinkraftsetzung des MTV für fünf Jahre mit einem außerordentlichen Kündigungsrecht mit einer Frist von 6 Monaten zu verbinden. Die Arbeitgeber verlangten eine unbedingte Friedenspflicht von fünf Jahren, die IG Medien wollte die Kündigungsfrist auf vier Wochen verkürzen und den vorgesehenen Themenkatalog[29)] für die Tarifgespräche erweitern. Die Gegensätze erwiesen sich als nicht überbrückbar, auch diese Schlichtung scheiterte.

Bereits seit März hatten zahlreiche punktuelle (Warn-)Streiks die Tarifauseinandersetzungen begleitet. Nach dem Scheitern der Schlichtung wurden diese Kampfmaßnahmen ausgeweitet. Ein Sondierungsgespräch am 20.5. führte am 26.5. und 30.5. zu erneuten Verhandlungen, die jedoch ebenfalls scheiterten. In einer von der IG Medien daraufhin angesetzten Urabstimmung unter 17.215 Beschäftigten in 153 Druckereien von Tageszeitungen sprachen sich 89,5 vH der Teilnehmer für die Fortführung der Streiks aus. Sie wurden weiterhin nach der Taktik der Nadelstiche durchgeführt. Nach einmonatiger Pause nahmen die Tarifparteien am 30.6. die Verhandlungen wieder auf. Nach dreitägigem Verhandlungsmarathon einigten sie sich am **3.7.** auf einen zweijährigen **Tarifvertrag**, der neben Lohnerhöhungen auch Arbeitszeitbestimmungen sowie Regelungen zum MTV-Komplex enthielt. Die Bestimmungen im einzelnen:

---

29 Reiter hatte drei Bereiche für Sachgespräche zur Überarbeitung des MTV genannt: veränderte wirtschaftliche und technische Rahmenbedingungen, eine veränderte Gesetzeslage hinsichtlich der Kündigungsfristen und die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum Nachtarbeitsverbot für Frauen.

- Nach drei Nullmonaten (April-Juni) eine Lohn- und Gehaltserhöhung um 2 vH ab 1.7.1994,
- eine Stufenerhöhung von weiteren 2 vH ab 1.7.1995 sowie
- ein Lohnausgleich von 5,7 vH für die bereits vereinbarte Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 37 auf 35 Stunden ab dem 1.4.1995,
- durch Betriebsvereinbarung 10 zuschlagsfreie Überstunden/Monat für eine Übergangszeit von 18 Monaten möglich.

Der gekündigte Manteltarifvertrag wurde wieder in Kraft gesetzt und ist erst zum 31.12.1996 kündbar. Zugleich wurde aber verbindlich vereinbart, Anfang Oktober 1994 Verhandlungen über einen neuen Manteltarifvertrag und einen tarifvertraglichen Vorruhestand für Nachtschichtarbeit aufzunehmen. Dabei ist die IG Medien berechtigt, zu Streiks aufzurufen, wenn ein Schiedsgericht feststellt, daß die Arbeitgeber die Verhandlungen für den Vorruhestand verschleppen.

In der 2. Urabstimmung stimmten 68,2 vH der Beschäftigten für eine Annahme dieses Ergebnisses. Damit fand der über 17 Wochen andauernde Arbeitskampf in der Druckindustrie sein Ende. Die IG Medien verbuchte vor allem als Erfolg, daß der Angriff der Arbeitgeber auf die 35-Stunden-Woche abgewehrt werden konnte und die Arbeitszeitverkürzung zum vereinbarten Termin in Kraft tritt. Die Arbeitgeber sahen die positiven Elemente vor allem in der zweijährigen Planungssicherheit und in der grundsätzlich gegebenen dreijährigen Friedenspflicht in manteltariflichen Fragen.

Textil- und Bekleidungsindustrie

Eine schwierige und langandauernde Tarifrunde hatte die Gewerkschaft Textil-Bekleidung in ihren beiden Hauptbranchen zu bestehen. Ende März liefen die regionalen Lohn- und Gehaltstarifverträge für Textilindustrie (151.100 ArbeitnehmerInnen) aus, einen Monat später die Verträge für die Bekleidungsindustrie (113.900 AN). Für die Beschäftigten in beiden Wirtschaftszweigen forderte die Gewerkschaft einen Ausgleich für die Preissteigerungsrate, der allerdings nicht beziffert wurde, und zusätzlich beschäftigungssichernde Maßnahmen. Dazu gehörten u.a. Teilzeitarbeit, Weiterbildungsmaßnahmen, Umwandlung von Mehrarbeit in Freizeit, Altersteilzeit, Übernahme von Auszubildenden nach der Ausbildung, Freistellung von der Arbeit bei Erkrankung bzw. Pflege von Familienangehörigen.

In der **Textilindustrie** hatten die Arbeitgeber, dem Vorbild der Metallarbeitgeber folgend, bereits im Januar die tariflichen Urlaubsgeldregelungen gekündigt. Das Urlaubsgeld sollte ausgesetzt werden, außerdem forderten sie weitreichende Flexibilisierungs-

maßnamen bei der Arbeitszeit wie z.B. einen Arbeitszeitkorridor bis zu 40 Stunden pro Woche ohne Mehrarbeitszuschläge sowie eine Jahresarbeitszeitregelung. Auf diese Weise sollte eine durchgreifende Kostenentlastung erreicht werden. In den Tarifgebieten Nord- und Südbayern komplizierte sich die Situation durch den Zussammenschluß der bislang getrennten Arbeitgeberverbände zum "Verband der bayerischen Textil- und Bekleidungsindustrie". Der neue Verband sah mit diesem Zusammenschluß sämtliche Tarifverträge in der bayerischen Textil- und Bekleidungsindustrie als gekündigt an. Sämtliche Tarifbedingungen müßten neu ausgehandelt werden. Dabei sollten neben redaktionellen Änderungen auch Änderungswünsche von gewissem materiellen Wert in die neuen Verträge Eingang finden[30]. Die GTB lehnte diese Forderung ab und forderte, alle bislang gültigen Tarifverträge wieder "auf Punkt und Komma" in Kraft zu setzen.

Im Tarifbereich Westfalen/Osnabrück unternahmen die Tarifvertragsparteien den Versuch, zu einem Pilotabschluß zu kommen. Nach vier Runden brach die GTB die Verhandlungen am 4. Mai ab, und die Verhandlungskommission gab ihr Mandat zurück. In ihrem letzten "Angebot" hatten die Arbeitgeber neben einem Arbeitszeitkorridor von 34-40 Stunden einen Ausgleichszeitraum für die Arbeitszeit von 52 Wochen, eine vorübergehende Absenkung der Jahressonderzahlung um 15 vH-Punkte bzw. eine entsprechende Kürzung des Urlaubsgeldes sowie eine Anhebung der Löhne und Gehälter um 2 vH nach 8 Nullmonaten vorgeschlagen. Auch ein letzter Einigungsversuch am 10. Juni scheiterte, so daß eine Einigung in regionalen Verhandlungen gesucht werden mußte.

Ein **erster Abschluß** erfolgte am **24.6.** für das Tarifgebiet Nordbayern. Alle von den Arbeitgebern bei der Verbandsneugründung gekündigten Tarifverträge wurden wieder in Kraft gesetzt. Die Löhne und Gehälter wurden nach 7 Nullmonaten um 2 vH erhöht. Die Gesamtlaufzeit des Vertrages beträgt 13 Monate und endet zum 30.4.1995. Das Urlaubsgeld wird 1994 nicht dynamisiert und die bereits vereinbarte Erhöhung der Jahressonderzahlung um jeweils 5 vH für 1994 und 1995 auf 100 vH eines Monatsentgeltes wird um ein Jahr verschoben. Außerdem kann der Ausgleichszeitraum zum Erreichen der regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit in Ausnahmefällen durch Vereinbarung zwischen Betriebsrat und Arbeitgeber auf 52 Wochen verlängert werden.

Dieser Abschluß wurde nun keineswegs rasch auf die anderen Bereiche übertragen, es bedurfte vielmehr intensiver regionaler Aktivitäten bis hin zu Demonstrationen und Warnstreiks, bis schließlich am 12.10. die letzte regionale Einigung erreicht werden konnte. Die Ursache dafür waren im wesentlichen Streitigkeiten über die Bewertung

30 Vgl. "Bayern: Arbeitgeber spielen mit dem Feuer", in: Textil-Bekleidung - Zeitschrift der GTB 5/1994, S. 7 sowie Handelsblatt Nr. 76 vom 20.4.1994.

von unterschiedlichen manteltariflichen Regelungen[31]. In einigen Bereichen wurden Verhandlungen bzw. Beratungen von Expertenkommissionen über die weitere Arbeitszeitflexibilisierung (Arbeitszeitkorridor, Sonntagsarbeit) vereinbart.

In der **Bekleidungsindustrie** waren die Konfliktpunkte im wesentlichen die gleichen wie in der Textilindustrie. Nach rund einem halben Jahr Verhandlungen konnte folgender Abschluß erzielt werden: Nach sieben Nullmonaten erfolgt eine Tariferhöhung um 2 vH für weitere fünf Monate (Laufzeit bis 30.4.1995)[32]. Zusätzlich gibt es einen Lohnausgleich von 1,4 vH ab 1.5.1994 für die bereits vereinbarte Arbeitszeitverkürzung auf 37 Stunden/Woche. Der Ausgleichszeitraum wird von 26 auf 52 Wochen bei einer Höchstarbeitszeitgrenze von 45 Stunden erhöht. Das Urlaubsgeld wird 1994 nicht dynamisiert.

Insgesamt beinhalteten diese Abschlüsse zweifellos wichtige Abwehrerfolge: So konnten die Tarifverträge in Bayern wieder in Kraft gesetzt, die Absenkung des Urlaubsgeldes bzw. der Jahresonderzahlung verhindert sowie die Einführung eines Arbeitszeitkorridors zunächst abgewehrt werden. Andererseits kommt das Ergebnis in einigen Bereichen aufgrund der hohen Zahl der Nullmonate in Verbindung mit den Regelungen zum Urlaubsgeld bzw. der Sonderzahlung materiell einer Nullrunde nahe.

Brauereigewerbe Nordrhein-Westfalen

Für das Brauereigewerbe hatte die Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten im vergangenen Jahr einen Ausgleich für die Preissteigerungen gefordert. Die Arbeitgeber hatten im Tarifgebiet Nordrhein-Westfalen den Manteltarifvertrag fristgerecht zum 31.8. gekündigt und Lohnzugeständnisse an die Erfüllung von Forderungen zur Flexibilisierung der Arbeitszeit geknüpft. So sollten Mehrarbeitszuschläge erst ab einer Jahresarbeitszeit von mehr als 1.931 Stunden gezahlt werden, die Wochenarbeitszeit sollte auf betrieblicher Ebene geregelt und zwischen 32 und 40 Stunden schwanken können, die Altersfreizeit sollte nur noch gebündelt am Ende des Arbeitslebens ge-

31 In einigen Tarifbereichen (Hessen, Rheinland-Pfalz sowie Schleswig-Holstein, Hamburg, Niedersachsen, Bremen) waren ebenfalls Erhöhungen der Jahressonderzahlungen bereits vereinbart worden, die ähnlich der nordbayerischen Regelung verschoben wurden (Abschlüsse vom 6. und 8.7.). Im übrigen wurden auch die Vergütungen nach 6 bzw. 7 Nullmonaten um 2 vH erhöht. In weiteren Bereichen (Westfalen/Osnabrück, Nordrhein und Südbayern) betrug die Sonderzahlung bereits 100 vH, hier forderten die Arbeitgeber zusätzliche Kostenentlastung. Die Abschlüsse (27.9. und 6.10) beinhalteten zwischen 9 und 11 Nullmonaten und eine Tariferhöhung um 2 vH. In Baden-Württemberg wurde die vereinbarte Erhöhung der Jahressonderzahlung nicht verschoben, die Tariferhöhung betrug 0,7 vH nach 9 Nullmonaten. In Hessen, Rheinland-Pfalz und in Baden-Württemberg gab es außerdem 1,4 vH Lohnausgleich für die bereits vereinbarte Arbeitszeitverkürzung um 1/2 Stunde auf 37 Stunden.

32 Niedersachsen/Bremen 2 vH ab 1.2.95, Laufzeit bis 30.6.95.

nommen werden können, der Jubiläumsurlaub von 4 Tagen sollte gestrichen werden. Die Gewerkschaft lehnte diese Forderungen ab und forderte, daß der Manteltarifvertrag unverändert wieder in Kraft gesetzt würde.

Nachdem die Verhandlungen festgefahren waren, sprachen sich in einer Urabstimmung 94,7 vH der Brauereibeschäftigten für Streik aus. Erstmals nach 116 Jahren kam es in diesem Tarifgebiet zum Arbeitskampf. In zwei Streikwellen wurden schließlich 16 Betriebe und rund 4.300 Beschäftigte in den Arbeitskampf einbezogen. Nach einer Woche Arbeitskampf lenkten die Arbeitgeber ein. Die Schlichtung unter Leitung des Landesschlichters Kraft kam zu folgendem Ergebnis: Der Manteltarifvertrag wird unverändert wieder in Kraft gesetzt bei einer Laufzeit bis 31.5.1995. Bis dahin sollen die Tarifparteien über neue Regelungen verhandeln. Sollten die Verhandlungen bis dahin nicht abgeschlossen sein, beginnt automatisch die Schlichtung[33)]. Das Entgelt wird nach 1 Nullmonat zum 1.10.1994 für 12 Monate um 2,3 vH erhöht bei einer Laufzeit des Entgelttarifvertrages bis 31.8.1995. In der 2. Urabstimmung sprachen sich 77 vH für eine Annahme des Ergebnisses aus.

5. Weitere tarifpolitische Ereignisse

Baugewerbe: Ganzjährig gesichertes Einkommen

Bereits im Mai 1992 hatten die Tarifvertragsparteien im Baugewerbe vereinbart, eine Regelung zum "Ganzjährig gesicherten Einkommen" zu schaffen. Damals waren sie allerdings noch von den bestehenden und zu verbessernden Schlechtwettergeld-Regelungen ausgegangen. Durch die zwischenzeitlich erfolgte Streichung des Schlechtwettergeldes durch die Bundesregierung hat sich die Lage erheblich kompliziert und verschlechtert. Das Witterungsrisiko, das nach Auffassung der IG Bau-Steine-Erden als Betriebsrisiko vom Arbeitgeber zu tragen ist, wird auf diese Weise einseitig den Bauarbeitern aufgebürdet. Das Konzept der Gewerkschaft für ein ganzjährig gesichertes Einkommen beinhaltet folgende Elemente: Absicherung des witterungsbedingten Lohnausfalls, Finanzierung über ein Umlageverfahren der Sozialkassen der Bauwirtschaft, verstärkter Winterbau zur Sicherung von Beschäftigung und Einkommen sowie zur Gewinnung poduktiver Zeiten, Kündigungsschutz aus Witterungsgründen sowie staatliche flankierende Maßnamen[34)].

33 Am 9. November 1994 wurden die Verhandlungen aufgenommen. Den Flexi-Forderungen der Arbeitgeber stellte die NGG Forderungen nach beschäftigungssichernden Maßnahmen gegenüber, darunter weitere Arbeitszeitverkürzung, Vorruhestand, Teilzeit- und Gleitzeitregelungen.

34 Vgl. IG Bau-Steine-Erden, Information, Dokumentation und Argumentation zum "Ganzjährig gesicherten Einkommen" Nr. 1, Frankfurt am Main o.J. (1994).

Am 7.12.1994 fand die erste Tarifverhandlung zu diesem Thema statt. Die Arbeitgeber legten ein eigenes Modell vor, das im Kern ein geplantes Überbrückungsgeld in Höhe des Tarifstundenlohnes (= 95 vH des Gesamtstundenlohnes) für witterungsbedingte Arbeitsausfälle an bis zu 25 Ausfalltagen im Winter vorsieht. Ein Drittel der Ausfallzeit (bis zu 8 Tage) soll auf den Jahresurlaub angerechnet werden. Der Lohnausgleich für die bisher arbeitsfreie Zeit zwischen Weihnachten und Neujahr sowie die Winterausgleichszahlung sollen entfallen, eine tarifliche Öffnungsklausel betriebsspezifische Regelungen ermöglichen. Neue Arbeitzeitregelungen sollten zudem eine Verteilung der Wochenarbeitszeit über einen Zeitraum von 12 Monaten erlauben.

Die IG Bau lehnte diesen Vorschlag als unzureichende Ersatzlösung für das Schlechtwettergeld ab. Er führe bei genauer Betrachtung dazu, daß die Arbeitnehmer das finanzielle Witterungsrisiko fast allein tragen müßten[35]. Das Modell führe ferner zu einer nichtakzeptablen Flexibilisierung der Arbeitszeit, die das Überbrückungsgeld in den meisten Fällen hinfällig werden lasse und beseitige durch die Streichung des Wintergeldes das Anreizsystem für Bauarbeit im Winter. Die Urlaubsanrechnung von 8 Tagen bedeute tarifpolitisch einen Rückschritt in die 70er Jahre. Ein positiver Ansatzpunkt sei allein die Bereitschaft der Arbeitgeber, daß 25 Arbeitstage in einer gewissen Art und Weise erstattet werden sollten.

Öffentlicher Nahverkehr NRW: Kündigung der Zusatztarife

Mitte November vergangenen Jahres kündigten die kommunalen Arbeitgeber in Nordrhein-Westfalen die Bezirkszusatztarifverträge für ArbeiterInnen. Damit folgte erstmals ein öffentlicher Arbeitgeberverband dem Beispiel der Metallarbeitgeber, die im Herbst zunächst die Urlaubsabkommen und dann die Lohn- und Gehaltstarifverträge gekündigt hatten. In diesen Zusatzverträgen sind die Eingruppierung, die Erschwernis- und Schichtzulagen sowie die Löhne und Lohnzulagen für den Nahverkehr geregelt. Die Arbeitgeber begründeten ihre Kündigung mit der prekären Finanzsituation der Gemeinden und dem Tatbestand, daß das Tarifniveau der öffentlichen Nahverkehrsbetriebe korrigiert werden müsse. Die EU-Gesetzgebung[36], die Konkurrenz zu privaten Anbietern sowie die Aus-, Neu- und Umgründungspläne vieler öffentlicher Nahverkehrsbetriebe mache eine kritische Prüfung der tarifvertraglichen Bestimmungen für den Nahverkehr unumgänglich. Die Tarife im privaten Nahverkehr lägen um bis zu 30 vH un-

35 Die IG Bau rechnet vor, daß aufgrund des Arbeitgebervorschlages für die Bauarbeiter je nach Ausfallstunden ein Einkommensverlust zwischen 1.800 und 4.500 DM gegenüber der bisherigen Regelung entsteht.

36 Sie sieht ab 1996 eine europaweite Ausschreibung der öffentlichen Nahverkehrsleistungen vor.

ter denen des öffentlichen Bereichs. Die ÖTV verurteilte dieses Vorgehen als den Versuch, Haushaltssanierung auf dem Rücken der Beschäftigten zu betreiben. Das Arbeitgeberziel einer Kostenreduzierung um 30 vH führe zu Einkommensverlusten von monatlich im Schnitt 800 bis 1000 DM. In den darauffolgenden Wochen kam es in zahlreichen Städten zu umfangreichen Warnstreiks, die zu spürbaren Beeinträchtigungen im Nahverkehr führten. Nach viertägigen landesweiten Streikaktionen erzielten die Tarifparteien am 7.12. folgenden Kompromiß: Die kommunalen Arbeitgeber erklärten sich zur Rücknahme der Kündigung bereit, die ÖTV verpflichtete sich, im Januar 1995 mit Tarifverhandlungen über den öffentlichen Nahverkehr zu beginnen. Die Gewerkschaft erklärte, wenn im Gegenzug der öffentliche Personennahverkehr in kommunaler Trägerschaft erhalten bleibe, sei die Gewerkschaft "natürlich bereit, über bestimmte Regelungen zu reden"[37].

Metallindustrie Niedersachsen: Gemeinsamer Manteltarifvertrag

In der Metallindustrie Niedersachsen konnte im Oktober 1994 der erste gemeinsame Manteltarifvertrag für Arbeiter, Angestellte und Auszubildende vereinbart werden[38]. Gleichzeitig wurde ein neuer Lohn- und Gehaltsrahmentarifvertrag abgeschlossen, der die Regelungen aus dem bisherigen Manteltarifvertrag für gewerbliche Arbeitnehmer, den Lohn- und Gehaltstarifverträgen sowie dem Tarifvertrag für Auszubildende zusammenfaßt mit dem Ziel, diese später in einen Entgeltrahmentarifvertrag überzuleiten.

Der Manteltarifvertrag trat zum 1.12.1994 in Kraft und enthält u.a. folgende Bestimmungen: Gleiche Kündigungsfristen für Arbeiter und Angestellte, Festsetzung eines Monatslohns für Arbeiter, tarifvertragliche Absicherung der Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall für alle Beschäftigten sowie neue Bestimmungen zur Mehrarbeit. Danach soll Mehrarbeit nicht als Ersatz für Neueinstellungen genutzt werden. In einer freiwilligen Betriebsvereinbarung kann vereinbart werden, daß der Nachtarbeitszuschlag von 25 vH durch bezahlte Freistellung von der Arbeit mit 1/4 Stunde für jede geleistete Nachtarbeitsstunde ausgeglichen wird.

Deutsche Bundespost: Soziale Absicherung bei der Privatisierung

Im Mittelpunkt der Tarifauseinandersetzungen bei der Deutschen Bundespost stand im 1. Halbjahr 1994 die Postreform II, das heißt, die Privatisierung der drei Postunternehmen sowie deren tarifvertragliche Begleitung. Dazu bedurfte es monatelanger

---

37 Handelsblatt Nr. 237 vom 8.12.1994.

38 Vgl. dazu im Detail *Meine, H.,* Blaumann und weißer Kragen - Gemeinsamer Manteltarifvertrag für die niedersächsische Metallindustrie, in: Sozialismus 12/94, S. 53 f.

Verhandlungen, die in der Schlußphase von massiven Warnstreiks flankiert wurden. Nach 24 Verhandlungstagen und 30 Tagen Arbeitskampf mit insgesamt über 100.000 Warnstreikenden setzte die DPG **vier Verträge** zu folgenden Regelungskomplexen durch[39]: (1) Mit dem "Vertrag über soziale Leistungen" wurde festgelegt, daß die betrieblichen Sozialleistungen und Sozialeinrichtungen sowie die Selbsthilfeeinrichtungen bis Mitte bzw. Ende 1996 unverändert erhalten bleiben. (2) Der Tarifvertrag über die Sicherung der Eingruppierung garantiert tarifvertraglichen Einkommensschutz bei Änderung oder Wegfall der Beamtenbewertung. Es geht dabei um ArbeitnehmerInnen, die auf beamtenbewerteten Personalposten tätig sind. (3) In dem Vertrag für die ostdeutschen Beschäftigten wurde vor allem erreicht, daß für ArbeitnehmerInnen, die am 1. Januar 1995 (noch) in einem Arbeitsverhältnis zu den DBP-Unternehmen stehen, die gleichen tarifvertraglichen Unkündbarkeitsregelungen wie im Westen gelten. (4) Der Vertrag über betriebsverfassungsrechtliche Fragen regelt den Übergang von Personalräten im öffentlichen Dienst zu Betriebsräten in den zukünftigen Aktiengesellschaften. Dabei wird für jede Aktiengesellschaft ein eigenständiger Tarifvertrag abgeschlossen. Für die überbetriebliche Mitbestimmung gilt künftig das Mitbestimmungsgesetz 1976.

6. Ausblick auf die Tarifrunde 1995

Die Tarifrunde 1995 findet unter deutlich veränderten ökonomischen Rahmenbedingungen statt. Die Wirtschaft befindet sich in einer Phase der deutlichen konjunkturellen Belebung. Für 1995 wird mit einem realen Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 2 - 3 vH gerechnet. Die Gewerkschaften verweisen außerdem auf die kräftigen Reallohnverluste der vergangenen beiden Jahre und fordern durchweg Lohn- und Gehaltserhöhungen von 5 - 6 vH. Die Arbeitgeber ihrerseits fordern eine Fortsetzung der "vernünftigen Tarifpolitik" des Jahres 1994. Sie fordern zwar keine direkte Nullrunde, wollen aber Lohnerhöhungen von Kostenentlastungen in anderen Bereichen abhängig machen. Auch wollen sie weitere Flexi-Maßnahmen im Bereich der Arbeitszeitgestaltung durchsetzen. Zeitlich an der Spitze liegt die Metallindustrie, deren Vergütungstarifverträge zum 31.12.1994 gekündigt wurden. Mitte Januar fand hier bereits die zweite regionale Verhandlungsrunde statt, die allerdings noch ohne konkretes Arbeitgeberangebot blieb. Auch in der chemischen Industrie, wo die Tarifparteien in der zweiten Januarhälfte erstmals verhandelten, kam noch kein Angebot auf den Tisch.

---

39 Vgl. genauer *Bispinck, R./WSI-Tarifarchiv*, Tarifbewegungen im 1. Halbjahr 1994 in West- und Ostdeutschland, in: WSI-Mitteilungen 8/1994, S. 474 f. sowie Deutsche Post, Zeitschrift der Deutschen Postgewerkschaft, Nr. 7, Juli 1994, S. 25 ff.

Anhang zum WSI-Tarifbericht West 1994

I. Schaubilder

Schaub. 1: Durchschnittliche Erhöhung der Tarifverdienste 1994 gegenüber dem Vorjahr - Wirtschaftsbereiche -
Schaub. 2: Durchschnittliche Erhöhung der Tarifverdienste 1994 gegenüber dem Vorjahr - ausgewählte Wirtschaftszweige -
Schaub. 3: Tarifliche Wochenarbeitszeit nach Wirtschaftsbereichen
Schaub. 4: Tarifliche Wochenarbeitszeit nach Wirtschaftszweigen
Schaub. 5: Beschäftigte nach tarifvertraglicher Wochenarbeitszeit
Schaub. 6: Beschäftigte nach tarifvertraglich vereinbarter Wochenarbeitszeit

II. Tabellen

Tab. 1: Anzahl der von Tarifverträgen erfaßten und 1994 begünstigten Arbeitnehmer
Tab. 2: Durchschnittliche Abschlußraten der Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge aus 1994
Tab. 3: Verzögerungen und Pauschalzahlungen in der Tarifrunde 1994
Tab. 4: Vereinbarte Laufdauer der Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge aus 1994
Tab. 5: Kündigungstermine der Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge bis 1996
Tab. 6: Durchschnittliche Erhöhung der Tarifverdienste in 1994
Tab. 7: Prozentuale Erhöhung der Tarifverdienste in der Gesamtwirtschaft 1983 - 1994
Tab. 8 Tarif- und Effektivverdienste in der Gesamtwirtschaft
Tab. 9: Lohn-, Preis- und Produktivitätsentwicklung 1972 - 1994
Tab. 10: Ausbildungsvergütungen in 24 ausgewählten Tarifbereichen
Tab. 11: Tarifliche Lohn-, Gehalts- und Entgeltstruktur in 24 ausgewählten Tarifbereichen
Tab. 12: Tarifvertragliche Zusatzleistungen (Urlaubsgeld und Jahressonderzahlung)
Tab. 13: Tarifvertragliche vermögenswirksame Leistungen
Tab. 14: Entwicklung der tarifvertraglichen Wochenarbeitszeit 1984 - 1994
Tab. 15: Tarifvertraglich vereinbarte Wochenarbeitszeit 1994
Tab. 16: Tarifvertragliche Wochenarbeitszeit in Kraft Ende 1994
Tab. 17: Arbeitszeitverkürzung in Form von freien Tagen
Tab. 18: Tariflicher Urlaubsanspruch
Tab. 19: Tarifliche Wochen- und Jahresarbeitszeit
Tab. 20: Kündbarkeit der tariflichen Wochenarbeitszeit- und Urlaubsregelungen

III. Ausgewählte Tarifabschlüsse (Übersicht)

Abkürzungsverzeichnis

Für Tarifverträge

ETV	=	Entgelttarifvertrag (s.u.)
ERTV	=	Entgeltrahmen tarifvertrag
GRTV	=	Gehaltsrahmentarifvertrag
GTV	=	Gehaltstarifvertrag
LRTV	=	Lohnrahmentarifvertrag
LTV	=	Lohntarifvertrag
MTV	=	Manteltarifvertrag
RTV	=	Rahmentarifvertrag
TV	=	Tarifvertrag
Verg.TV	=	Vergütungstarifvertrag

Für Tarifbestimmungen:

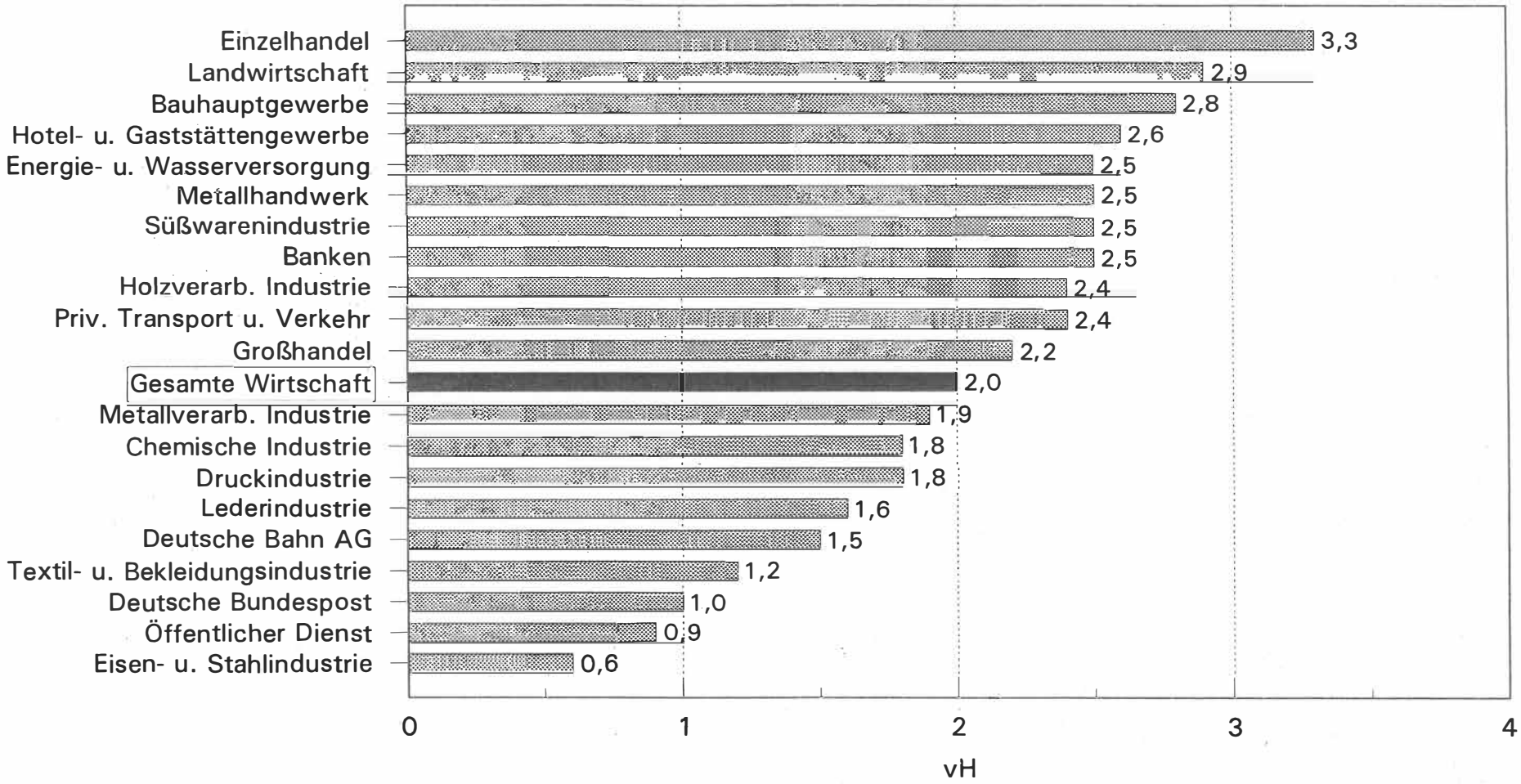
AG	=	Arbeitgeber
AN	=	Arbeitnehmer
Ang.	=	Angestellte
Arb.	=	Arbeitgeber
AT	=	Arbeitstage
Ausz.	=	Auszubildende
Ausl.	=	Auslösung
AV	=	Ausbildungsvertrag
AZ	=	Arbeitszeit
Bj.	=	Berufsjahre
BZ	=	Betriebszugehörigkeit
E	=	Entgelt
G	=	Gehalt
Gr.	=	Gruppe
L	=	Lohn
LGr.	=	Lohngruppe
Lj.	=	Lebensjahr
ME	=	Monatseinkommen
Qual.	=	Qualifikation
Ratio	=	Rationalisierungsschutzbestimmungen
S	=	Sonstige Bestimmungen
SZ	=	Sonderzahlung (13. Monatsgehalt), Jahressonderzahlung o.ä.)
Tj.	=	Tätigkeitsjahre
Url.	=	Urlaub
U-Geld	=	Urlaubsgeld
unbefr.	=	unbefristet
UT	=	Urlaubstage
VermL	=	Vermögenswirksame Leistungen
WT	=	Werktage
W-Geld	=	Weihnachtsgeld
Z	=	Zuschläge/Zulagen

Für Gewerkschaften

BSE	=	IG Bau-Steine-Erden
IGBE	=	IG Bergbau und Energie
CPK	=	IG Chemie-Papier-Keramik
GdED	=	Gew. der Eisenbahner Deutschlands
GEW	=	Gew. Erziehung und Wissenschaft
GGLF	=	Gew. Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft
HBV	=	Gew. Handel, Banken und Versicherungen
GHK	=	Gew. Holz und Kunststoff
GL	=	Gew. Leder
IGMed.	=	IG Medien
IGM	=	Industriegewerkschaft Metall
NGG	=	Gew. Nahrung-Genuss-Gaststätten
ÖTV	=	Gew. Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr
GdP	=	Gew. der Polizei
DPG	=	Deutsche Postgewerkschaft
GTB	=	Gew. Textil-Bekleidung

Schaubild 1:

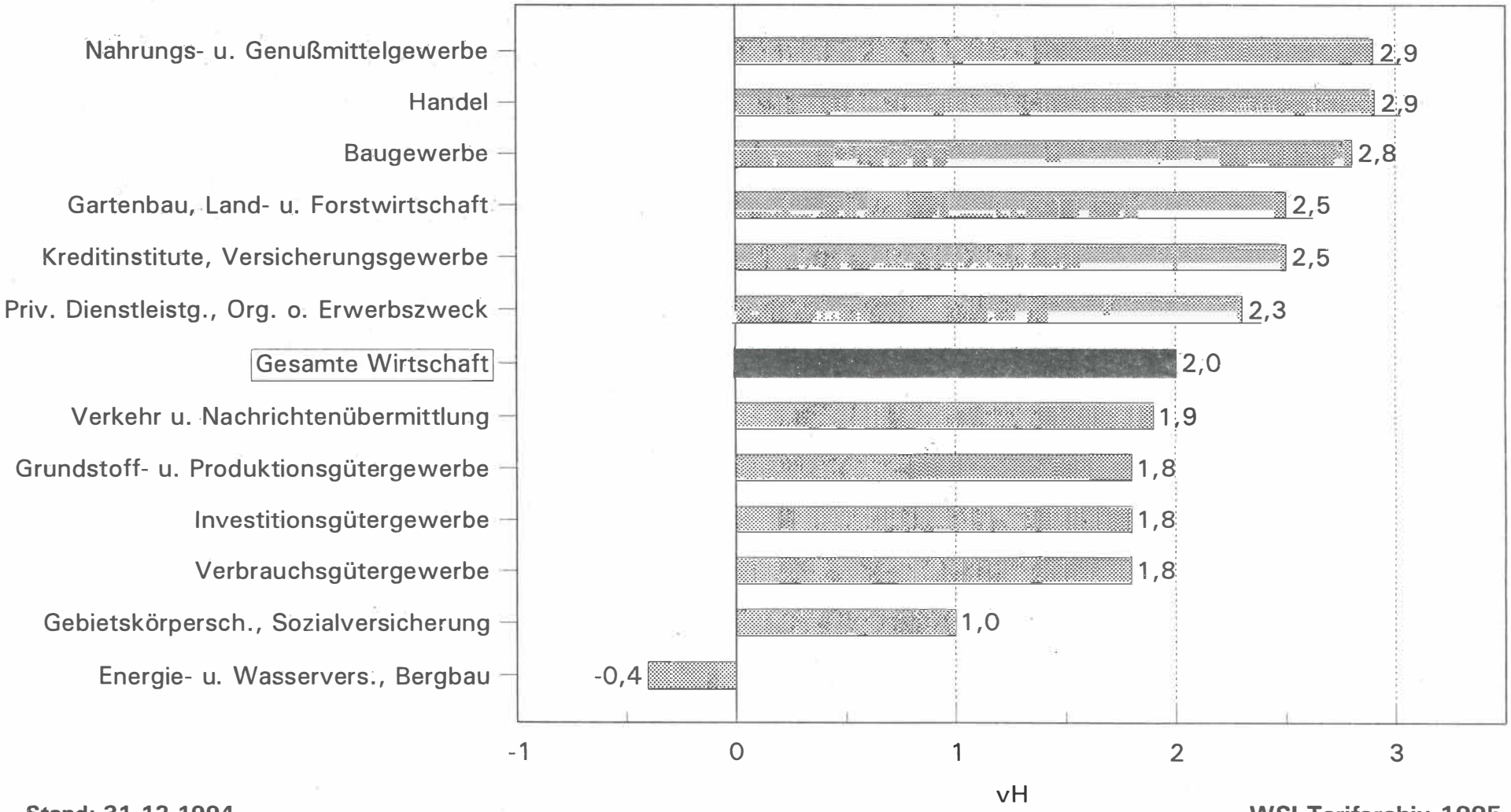
Durchschnittliche Erhöhung der Tarifverdienste
- ausgewählte Wirtschaftszweige -
(Kalenderjährliche Erhöhung gegenüber dem Vorjahr)



Stand: 31.12.1994

WSI-Tarifarchiv 1995

Durchschnittliche Erhöhung der Tarifverdienste
- Wirtschaftsbereiche -
(Kalenderjährliche Erhöhung gegenüber dem Vorjahr)

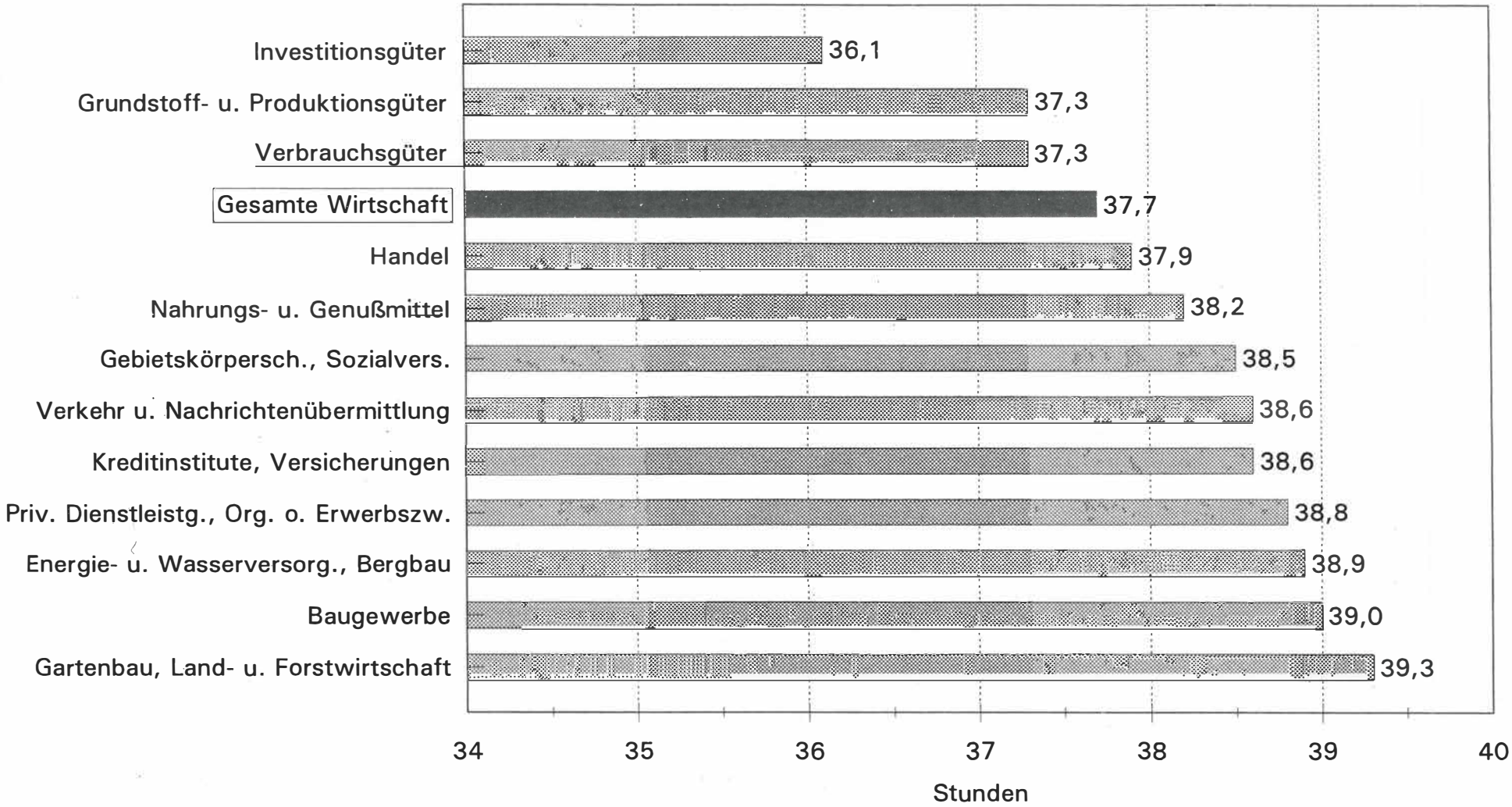


Stand: 31.12.1994

WSI-Tarifarchiv 1995

Tarifliche Wochenarbeitszeit 1994

nach Wirtschaftsbereichen

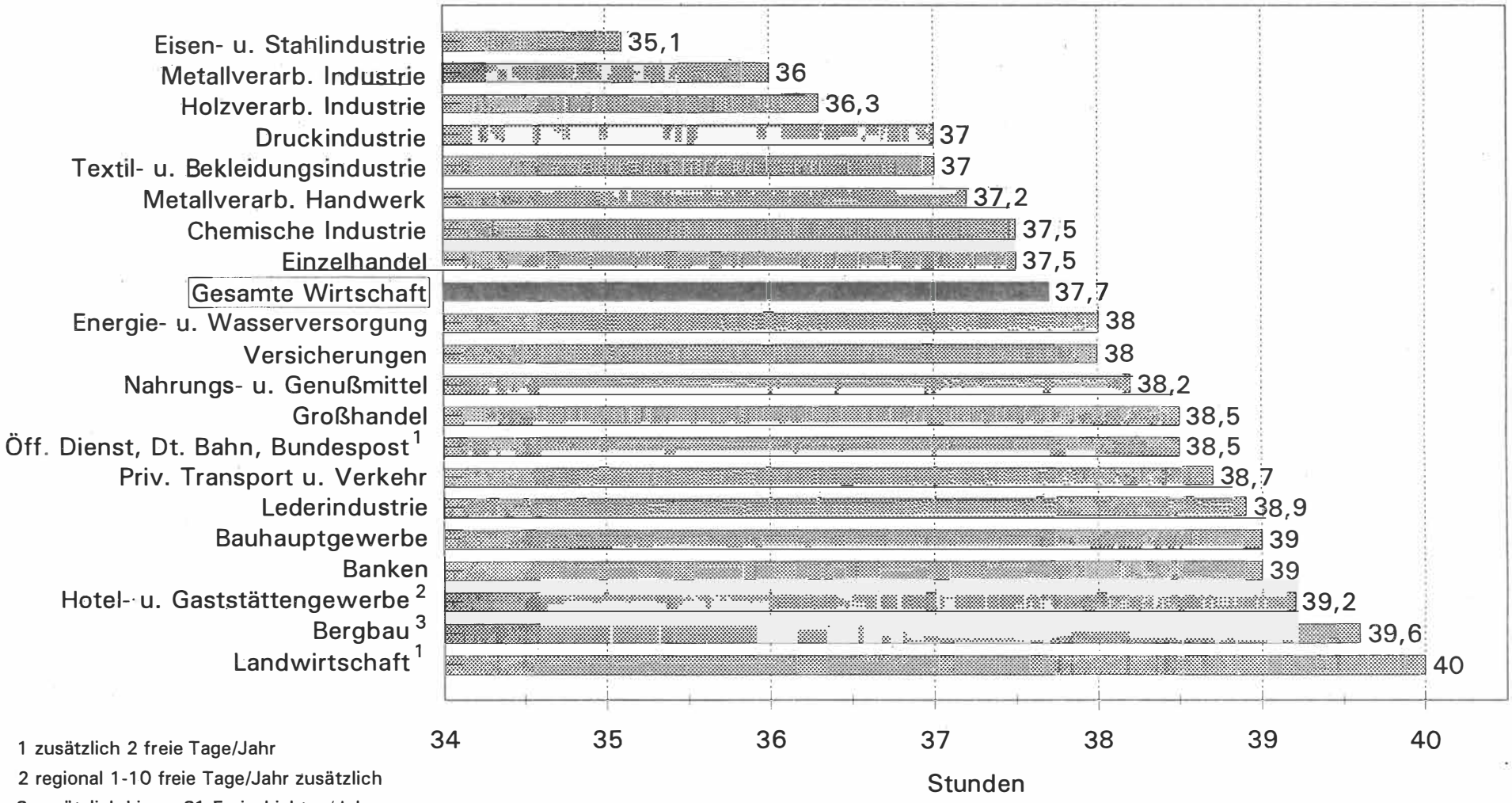


in Kraft z. 31.12.1994

WSI-Tarifarchiv 1995

Tarifliche Wochenarbeitszeit 1994

nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



1 zusätzlich 2 freie Tage/Jahr

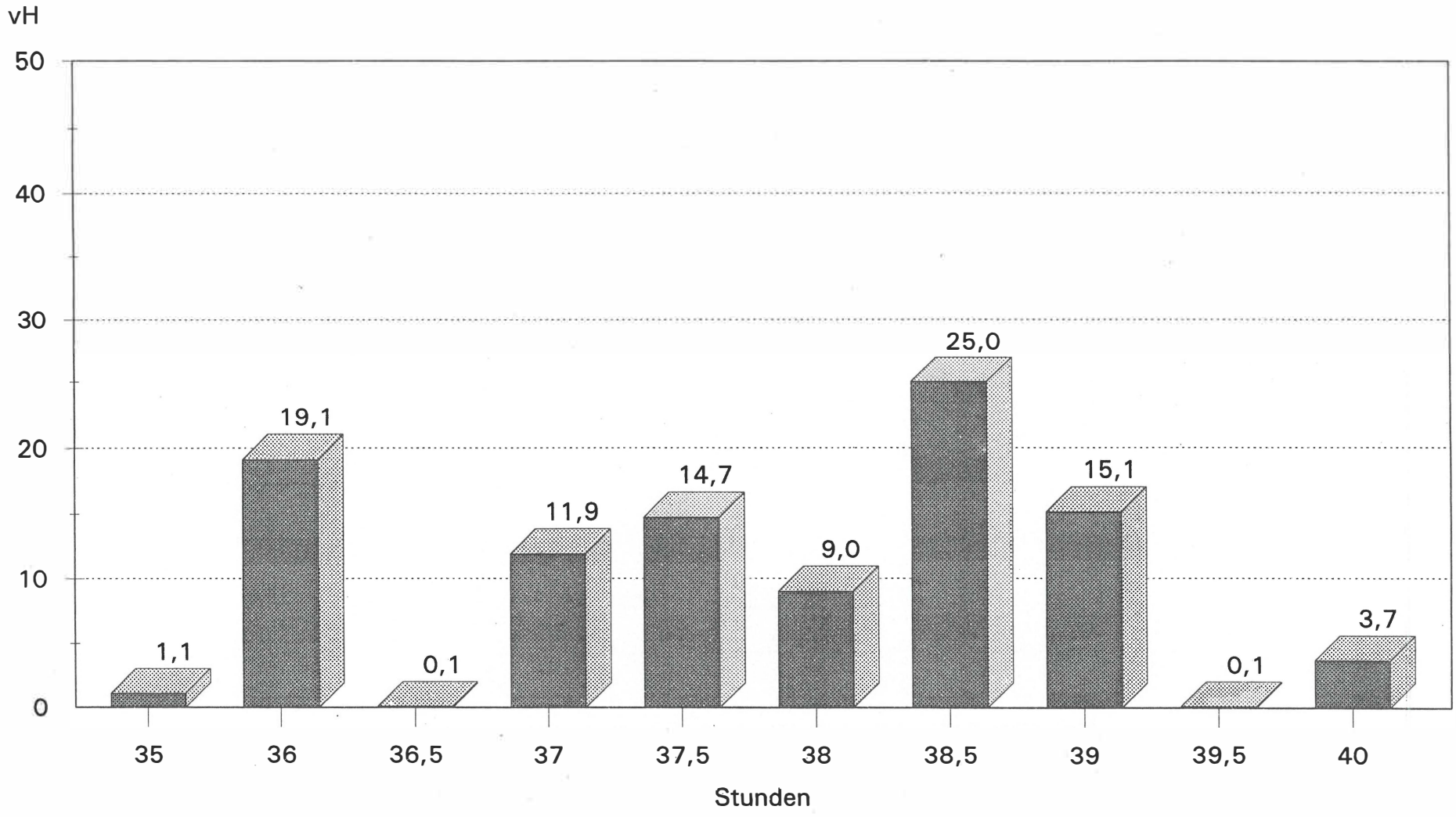
2 regional 1-10 freie Tage/Jahr zusätzlich

3 zusätzlich bis zu 31 Freischichten/Jahr

in Kraft z. 31.12.1994

WSI-Tarifarchiv 1995

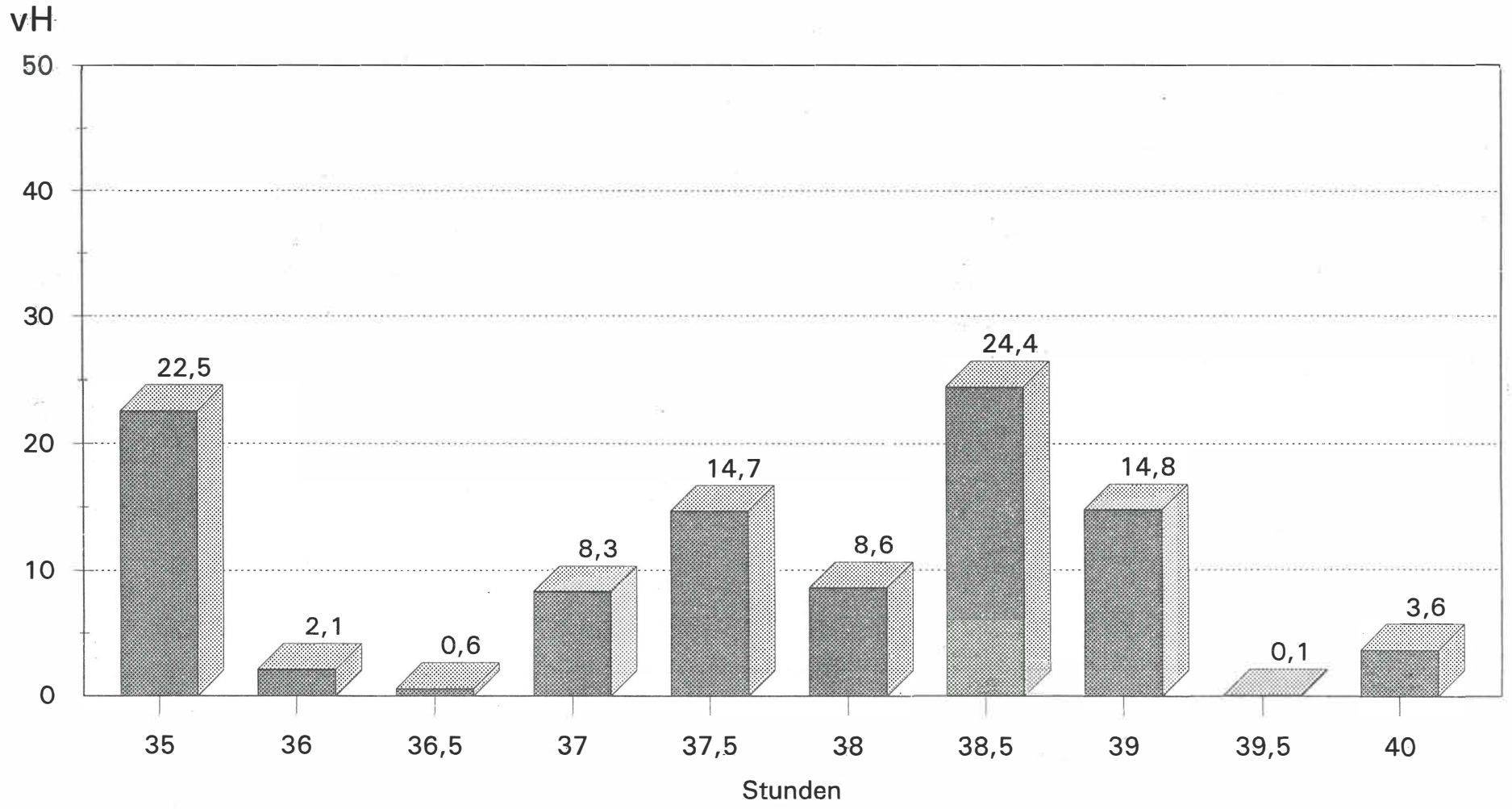
Beschäftigte nach tarifvertraglicher Wochenarbeitszeit in vH



in Kraft z. 31.12.1994

WSI-Tarifarchiv 1995

Beschäftigte nach tarifvertraglich vereinbarter Wochenarbeitszeit



inclusive künftig in Kraft tretender Stufen

Stand: 31.12.1994

WSI-Tarifarchiv 1995

Anzahl der von Tarifverträgen der DGB-Gewerkschaften erfaßten und von Tarifverträgen im Jahre 1994 begünstigten Arbeitnehmer (in 1000)[1)]

Wirtschaftsbereich[2)]	Von Tarifverträgen erfaßte AN[3)]				Von Neuabschlüssen in 1994 begünst. AN				AN ohne Neuabschlüsse	
	insgesamt	Lohntarifverträge	Gehaltstarifverträge	Entgelttarifverträge	insgesamt	Lohntarifverträge	Gehaltstarifverträge	Entgelttarifverträge	insgesamt	mit Erhöhungen aus dem Vorjahr 4)
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	223	202	19	2	200	184	15	1	23	-
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	303	113	30	160	296	110	30	156	7	-
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1.117	303	106	708	363	259	91	13	754	741
Investitionsgütergewerbe	4.644	3.064	1.532	48	4.341	2.835	1.458	48	303	80
Verbrauchsgütergewerbe	1.397	1.040	344	13	1.279	.951	322	6	118	118
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	767	341	180	246	719	318	167	234	48	9
Baugewerbe	1.218	991	227	-	1.217	990	227	-	1	-
Handel	3.045	780	2.239	26	1.220	402	795	23	1.825	1.765
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	999	532	221	246	940	507	211	222	59	1
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	672	-	-	672	388	-	-	388	284	-
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	1.705	531	357	817	1.544	504	319	721	161	62
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	2.551	751	1.800	-	2.551	751	1.800	-	-	-
Gesamte Wirtschaft	18.641	8.648	7.055	2.938	15.058	7.811	5.435	1.812	3.583	2.776

1) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfaßten Arbeitnehmer aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer.

2) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.

3) Alle Arbeitnehmer, die seit 1985 von mindestens einem Neuabschluß einer DGB-Gewerkschaft begünstigt wurden.

4) Im Vorjahr oder früher vereinbarte (Stufen)-Erhöhung, die 1994 wirksam wurde.

Quelle: WSI-Tarifarchiv Stand: 31.12.1994

Durchschnittliche Abschlußraten[1] der Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge aus der Tarifrunde 1994

- AN in Tarifbereichen mit 1.000 und mehr Beschäftigten (in 1000)[2] -

Wirtschaftsbereich[3]	Lohntarifverträge			Gehaltstarifverträge			Entgelttarifverträge			alle Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge		
	Anzahl der begünstigten Arbeiter	durchschnittl. Erhöhungsrate in vH Stundenbasis[4]	Monatsbasis[5]	Anzahl der begünstigten Angestellten	durchschnittl. Erhöhungsrate in vH Stundenbasis[4]	Monatsbasis[5]	Anzahl der begünstigten Arbeitnehmer	durchschnittl. Erhöhungsrate in vH Stundenbasis[4]	Monatsbasis[5]	Anzahl der begünstigten Arbeitnehmer	durchschnittl. Erhöhungsrate in vH Stundenbasis[4]	Monatsbasis[5]
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	177	3,5	3,5	15	2,6	2,6	-	-	-	192	3,4	3,4
darunter:												
- Landwirtschaft	45	7,0	7,0	3	4,6	4,6	-	-	-	48	6,9	6,9
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau[6]	101	-2,8	-2,8	29	-2,2	-2,2	153	2,0	2,0	283	-0,1	-0,1
darunter:												
- Energie- und Wasserversorgung	3	1,0	1,0	2	1,0	1,0	136	2,0	2,0	141	2,0	2,0
- Bergbau	98	-2,9	-2,9	27	-2,4	-2,4	17	1,9	1,9	142	-2,0	-2,0
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	217	3,3	1,5	75	3,3	1,4	9	1,6	1,6	301	3,3	1,5
darunter:												
- Eisen- u. Stahlindustrie[7]	85	4,3	0,0	32	4,3	0,0	-	-	-	117	4,3	0,0
- Chemische Industrie	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Investitionsgütergewerbe	2.834	1,8	1,6	1.458	1,9	1,8	48	2,4	2,4	4.340	1,8	1,7
darunter:												
- Metallverarb.Industrie	2.111	2,0	2,0	1.243	2,0	2,0	-	-	-	3.354	2,0	2,0
- Metallverarb.Handwerk	605	2,4	2,4	190	2,5	2,5	48	2,4	2,4	843	2,4	2,4
Verbrauchsgütergewerbe	944	3,2	2,6	321	3,3	2,6	6	3,3	2,9	1.271	3,2	2,6
darunter:												
- Holzverarb. Industrie	138	5,5	2,8	45	6,0	2,8	-	-	-	183	5,6	2,8
- Druckindustrie	118	4,0	4,0	57	4,0	4,0	-	-	-	175	4,0	4,0
- Lederindustrie	28	2,3	2,0	11	2,2	2,0	-	-	-	39	2,3	2,0
- Textil-u.Bekleid.Ind.	183	2,7	2,0	76	2,7	2,0	-	-	-	259	2,7	2,0
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	312	3,3	2,6	164	3,1	2,7	230	2,2	2,2	706	2,7	2,5
Baugewerbe	985	2,5	2,5	227	2,4	2,4	-	-	-	1.212	2,5	2,5
darunter:												
- Bauhauptgewerbe	767	2,4	2,4	196	2,4	2,4	-	-	-	963	2,4	2,4
Handel	402	2,2	2,1	795	2,2	2,1	23	3,0	3,0	1.220	2,2	2,1
darunter:												
- Großhandel	348	2,1	2,0	694	2,1	2,0	-	-	-	1.042	2,1	2,0
- Einzelhandel	16	3,2	3,2	60	3,2	3,2	-	-	-	76	3,2	3,2
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	504	2,4	2,4	210	2,8	2,8	219	2,6	2,6	933	2,5	2,5
darunter:												
- Deutsche Bahn AG[8]	-	-	-	-	-	-	107	1,5	1,5	107	1,5	1,5
- Deutsche Bundespost	176	2,0	2,0	55	2,0	2,0	-	-	-	231	2,0	2,0
- Priv.Transport- und Verkehrsgewerbe 9)	273	2,8	2,8	138	2,9	2,9	-	-	-	411	2,8	2,8
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	-	-	-	-	-	-	388	2,0	2,0	388	2,0	2,0
darunter:												
- Banken	-	-	-	-	-	-	388	2,0	2,0	388	2,0	2,0
- Versicherungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	496	3,1	2,9	312	3,0	2,5	717	2,6	2,6	1.525	2,8	2,7
darunter:												
- Hotel-u.Gaststättengew.	-	-	-	-	-	-	490	2,5	2,5	490	2,5	2,5
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	751	2,0	2,0	1.798	2,0	2,0	-	-	-	2.549	2,0	2,0
darunter:												
- Bund, Länder, Gemeinden	702	2,0	2,0	1.531	2,0	2,0	-	-	-	2.233	2,0	2,0
Gesamte Wirtschaft	7.723	2,3	2,1	5.404	2,2	2,1	1.793	2,4	2,4	14.920	2,3	2,1

Fußnoten s. Rückseite

Quelle WSI-Tarifarchiv **Stand: 31.12.1994**

Fußnoten zu Tabelle 2:

1) Einschließlich Stufenerhöhungen, d.h. Lohn-, Gehalts- bzw. Entgelterhöhungen, die nicht beim Inkrafttreten des Tarifvertrages, sondern als weitere Erhöhung während der Laufzeit der neu abgeschlossenen Tarifverträge wirksam werden (ohne sonstige Zahlungen, soweit nichts anderes angegeben).

2) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfaßten Arbeitnehmer aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer.

3) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.

4) Einschließlich rechnerischem Lohnausgleich für die Stundenverdienste für Wochenarbeitszeitverkürzungen.

5) Ohne rechnerischen Lohnausgleich für Wochenarbeitszeitverkürzungen.

6) Minus-Abschlußrate, weil im Steinkohlenbergbau wegen zusätzlicher Freischichten Einkommensabschmelzungen zwischen 6,0 bis 1,9 vH vereinbart wurden.

7) Keine Einkommenserhöhungen wegen vorgezogener 35-Std.-Woche.

8) Besitzstandsregelungen bei Vergütung, Arbeitszeit und sonstigen Leistungen für die von der Deutschen Bundesbahn in die Deutsche Bahn AG übergeleiteten Arbeitnehmer wurden in dieser Tabelle und allen folgenden Tabellen und Übersichten nicht berücksichtigt.

9) Ohne Personenbeförderung, Schiffahrt, Häfen und Lagerhausbetriebe, soweit dafür besondere TVe abgeschlossen werden.

West Tabelle 3

Verzögerungen der Tarifabschlüsse sowie Pauschalzahlungen[1] in der Tarifrunde 1994

- AN in Tarifbereichen mit 1.000 und mehr Beschäftigten (in 1.000)[2] -

Wirtschaftsbereich[3]	insgesamt	Arbeitnehmer mit Neuabschlüssen: dar.: AN mit um.....Monate verzögerter Tariferhöhung						AN mit Pauschalzahlungen für verzögerte Neuabschlüsse	nachrichtlich
		1	2	3	4	5	6 und mehr	in 1.000	durchschnittl. Pauschalzahlung pro Monat DM
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	192	59	-	5	8	-	62	48	20
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	291	-	-	7	34	-	25	26	148
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	301	37	12	15	12	-	4	36	67
Investitionsgütergewerbe	4.340	28	45	35	2	3.365	225	47	70
Verbrauchsgütergewerbe	1.271	50	146	414	106	67	397	75	96
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	706	162	73	32	19	-	33	186	65
Baugewerbe	1.212	55	-	-	-	-	5	-	-
Handel	1.220	267	156	9	-	-	56	153	60
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	933	80	176	173	-	-	242	29	40
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	388	-	388	-	-	-	-	388	150
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	1.525	293	209	268	80	8	273	20	41
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	2.549	-	-	-	-	-	2.497	-	-
Gesamte Wirtschaft	14.928	1.031	1.205	958	261	3.440	3.819	1.008	98
Anteile in vH	100,0	6,9	8,1	6,4	1,7	23,0	25,6	6,8	

1) Ausgleich der eingetretenen Verzögerungen der Tarifabschlüsse durch tariflich vereinbarte Pauschalbeträge.

2) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfaßten Arbeitnehmer aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer.

3) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.

Quelle: WSI-Tarifarchiv Stand: 31.12.1994

Vereinbarte Laufdauer[1] der Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge aus der Tarifrunde 1994

- AN in Tarifbereichen mit 1.000 und mehr Beschäftigten (in 1.000)[2] -

Wirtschaftsbereich[3]	AN mit Neuabschlüssen insgesamt	davon entfallen unter Tarifverträge mit einer Laufdauer von.....Monaten														durchschnittl. Laufdauer
		bis einschl. 11	12	13	14	15	16	17	18	19	20	21	22	23	24 und mehr	
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	192	-	130	-	-	14	-	-	-	-	-	-	-	-	48	16,7
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	291	1	133	3	-	10	30	-	17	-	-	-	-	-	97	16,9
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	301	-	287	-	-	-	-	2	-	-	-	-	-	-	12	12,5
Investitionsgütergewerbe	4340	30	4205	-	-	-	2	6	5	-	10	24	-	-	58	12,2
Verbrauchsgütergewerbe	1271	1	728	171	-	96	-	-	26	-	1	-	-	-	248	14,8
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	706	5	552	59	31	-	29	-	30	-	-	-	-	-	-	12,6
Baugewerbe	1212	-	1150	55	-	-	-	2	-	-	-	-	-	-	5	12,1
Handel	1220	-	1160	4	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	56	12,6
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	933	6	553	2	-	336	-	-	29	-	-	-	-	-	7	13,3
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	388	-	388	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	12,0
Private Dienstleistungen, Org. ohne Erwerbszweck	1525	108	742	161	131	192	26	-	13	48	6	-	-	4	94	13,9
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	2549	-	48	-	-	2448	3	-	50	-	-	-	-	-	-	15,0
Gesamte Wirtschaft	14928	151	10076	455	162	3096	90	10	170	48	17	24	-	4	625	13,4
Anteile in vH	100,0	1,0	67,5	3,1	1,1	20,7	0,6	0,1	1,1	0,3	0,1	0,2	-	0,0	4,2	

1) Einschl. sog. "Nullmonate" und durch Pauschalzahlungen abgegoltener "Verzögerungsmonate" der Tariferhöhung.

2) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfaßten Arbeitnehmer aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer.

3) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.

Quelle: WSI-Tarifarchiv Stand: 31.12.1994

Kündigungstermine der Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge zwischen dem 30.11.94 und 31.12.95 sowie 1996

- AN in Tarifbereichen mit 1.000 und mehr Beschäftigten (in 1.000)[1] -

Wirtschaftsbereich[2]	Für.....Beschäftigte sind Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge kündbar zum Monatsende												
	Nov.-Dez. 94	Jan. 95	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.-Dez. 95	Jan-Dez. 96	insgesamt
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	-	-	15	128	-	1	-	-	-	-	1	47	192
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	1	15	1	23	8	20	67	5	11	4	119	17	291
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	-	449	319	111	165	16	-	-	11	5	3	12	1.091
Investitionsgütergewerbe	3.472	98	330	201	5	45	27	135	10	23	67	11	4.424
Verbrauchsgütergewerbe	57	124	60	261	341	16	45	8	6	89	18	246	1.271
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	27	8	174	220	83	23	66	48	24	52	17	-	742
Baugewerbe	8	-	1	971	152	14	66	-	-	-	-	-	1.212
Handel	27	-	477	1.272	1.064	4	77	-	20	-	-	46	2.987
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	3	-	3	575	12	1	197	-	-	111	33	2	937
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	-	388	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	388
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	349	5	69	329	343	214	71	34	20	9	51	99[3]	1.593
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	2	-	-	2.447	-	-	43	-	-	50	7	-	2.549
Gesamte Wirtschaft	3.946	1.087	1.449	6.538	2.173	354	659	230	102	343	316	480	17.677
Anteile in vH	22,3	6,2	8,2	37,0	12,3	2,0	3,7	1,3	0,6	1,9	1,8	2,7	100,0

1) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfaßten Arbeitnehmer aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer.

2) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.

3) Darunter 28.000 AN mit Kündigungsdatum 28.2.1997.

Quelle: WSI-Tarifarchiv Stand: 31.12.1994

Durchschnittliche Erhöhung der Tarifverdienste 1994 [1]

(Kalenderjährliche Erhöhung gegenüber dem Vorjahr)

- AN in Tarifbereichen mit 1.000 und mehr Beschäftigten (in 1000)[2] -

Wirtschaftsbereich[3]	Lohntarifverträge		Gehaltstarifverträge		Entgelttarifverträge		alle Lohn-,Gehalts- und Entgelttarifverträge	
	AN	durchschnittl. Erhöhung in vH	AN	durchschnittl. Erhöhung in vH	AN	durchschnittl. Erhöhung in vH	AN	durchschnittl. Erhöhung in vH
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	177	2,5	15	2,3	-	-	192	2,5
darunter:								
- Landwirtschaft	45	3,0	3	1,9	-	-	48	2,9
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau [4]	108	- 3,7	30	- 3,1	153	2,5	291	- 0,4
darunter:								
- Energie- und Wasserversorgung	3	1,0	2	1,0	136	2,6	141	2,5
- Bergbau	105	- 3,9	28	- 3,4	17	1,7	150	- 3,2
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	287	1,8	102	1,7	702	1,8	1.091	1,8
darunter:								
- Eisen- u. Stahlindustrie[5]	85	0,6	32	0,5	-	-	117	0,6
- Chemische Industrie	-	-	-	-	693	1,8	693	1,8
Investitionsgütergewerbe	2.898	1,8	1.478	1,9	48	2,8	4.424	1,8
darunter:								
- Metallverarb.Industrie	2.111	1,9	1.243	1,9	-	-	3.354	1,9
- Metallverarb.Handwerk	669	2,5	209	2,6	48	2,8	926	2,5
Verbrauchsgütergewerbe	944	1,8	321	1,8	6	2,2	1.271	1,8
darunter:								
- Holzverarb. Industrie	138	2,4	45	2,4	-	-	183	2,4
- Druckindustrie	118	1,8	57	1,8	-	-	175	1,8
- Lederindustrie	28	1,6	11	1,7	-	-	39	1,6
- Textil-u.Bekleid.Industrie	183	1,2	76	1,2	-	-	259	1,2
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	329	3,0	170	3,1	223	2,5	722	2,9
Baugewerbe	985	2,8	227	2,9	-	-	1.212	2,8
darunter:								
- Bauhauptgewerbe	767	2,8	196	2,8	-	-	963	2,8
Handel	750	2,8	2.214	2,9	23	2,6	2.987	2,9
darunter:								
- Großhandel	348	2,3	694	2,2	-	-	1.042	2,2
- Einzelhandel	351	3,3	1.473	3,3	-	-	1.824	3,3
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	504	1,9	210	2,0	223	1,9	937	1,9
darunter:								
- Deutsche Bahn AG[6]	-	-	-	-	107	1,5	107	1,5
- Deutsche Bundespost	176	1,0	55	0,9	-	-	231	1,0
- Priv.Transport- und Verkehrsgewerbe 7)	273	2,4	138	2,5	-	-	411	2,4
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	-	-	-	-	388	2,5	388	2,5
darunter:								
- Banken	-	-	-	-	388	2,5	388	2,5
- Versicherungen	-	-	-	-	-	-	-	-
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	519	2,0	334	2,0	740	2,7	1.593	2,3
darunter:								
- Hotel-u.Gaststättengew.	-	-	-	-	496	2,6	496	2,6
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	751	1,0	1.798	1,0	-	-	2.549	1,0
darunter:								
- Bund, Länder, Gemeinden	702	1,0	1.531	0,9	-	-	2.233	0,9
Gesamte Wirtschaft	8.252	1,9	6.899	2,0	2.506	2,3	17.657	2,0

Fußnoten s. Rückseite

Quelle: WSI-Tarifarchiv Stand: 31.12.1994

Fußnoten zu Tabelle 6:

1) Durchschnittliches tarifliches Monatsentgelt (Grundvergütung) 1994 gegenüber durchschnittlichem tariflichem Monatsentgelt (Grundvergütung) 1993.

2) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfaßten Arbeitnehmer aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer.

3) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.

4) Minus-Beträge, weil im Steinkohlenbergbau wegen zusätzlicher Freischichten Einkommensabschmelzungen zwischen 6,0 bis 1,9 vH vereinbart wurden.

5) Keine Einkommenserhöhung wegen vorgezogener 35-Std.-Woche.

6) Siehe Fußnote 8 zu Tabelle 2.

7) Ohne Personenbeförderung, Schiffahrt, Häfen und Lagerhausbetriebe, soweit dafür besondere TVe abgeschlossen werden.

West Tabelle 7

Prozentuale Erhöhung der Tarifverdienste[1] in der Gesamtwirtschaft

	Durchschnittliche Abschluß-raten der Lohn-, Gehalts-, Entgelttarifverträge				Durchschnittliche Erhöhung der Tarifverdienste (kalen-derjährliche Erhöhung gegen-über dem Vorjahr)			
Jahr	Lohn	Gehalt	Entgelt	alle	Lohn	Gehalt	Entgelt	alle
1983	3,2	3,2	3,3	3,2	keine Berechnung			
1984	3,9	3,8	3,3	3,8	3,0	2,7	3,2	2,9
1985	3,4	3,9	3,6	3,6	2,7	2,9	3,4	2,8
1986	4,4	4,1	4,3	4,2	3,6	3,3	3,6	3,5
1987	5,8	5,0	3,7	5,3	3,4	3,4	3,5	3,4
1988	4,9	4,6	4,0	4,7	2,8	2,8	3,4	2,9
1989	5,3	5,9	4,3	5,3	2,7	2,8	2,6	2,7
1990	5,9	5,7	6,7	6,0	4,0	3,5	4,2	3,9
1991	6,6	6,8	6,6	6,1	6,1	6,1	5,9	6,0
1992	6,8	6,3	5,4	6,4	5,6	5,6	6,0	5,7
1993	3,7	4,2	3,2	3,8	3,8	3,8	3,5	3,8
1994	2,1	2,1	2,4	2,1	1,9	2,0	2,3	2,0

1) auf Monatsbasis

Quelle: WSI-Tarifarchiv

Tarif- und Effektivverdienste in der Gesamtwirtschaft

Jahr	Tarifverdienste - Monatsbasis -		Effektivverdienste		Lohndrift[1] % gegen Vorjahr
	1991 = 100	% gegen Vorjahr	1991 = 100	% gegen Vorjahr	
1991p	100,0	6,4	100,0	5,9	- 0,5
1992p	105,9	5,9	105,6	5,6	- 0,3
1993p	109,7	3,6	108,6	2,9	- 0,7
1994p 1.Q.	101,2	2,5	102,4	3,4	0,9
2.Q.	102,1	1,2	105,7	1,4	0,2
3.Q.	116,6	1,7	109,3	1,3	- 0,4

1) Abweichung der Veränderung der Effektivverdienste von der der Tarifverdienste auf Monatsbasis.

p) Vorläufige Angaben; die aktuellen Ergebnisse über die Anzahl der Begünstigten sowie über die Tarifverdienste werden in der Regel noch aufgrund von Nachmeldungen nach oben korrigiert.

Quelle: Deutsche Bundesbank

West Tabelle 9:

Lohn-, Preis- und Produktivitätsentwicklung in der Gesamtwirtschaft 1972 - 1994

Jahr	Produktivität[2]	Preisindex für die Lebenshaltung[3]	Tarifverdienste[4]	Bruttolohn- und -gehaltssumme je beschäft. AN		Nettolohn- und -gehaltssumme je beschäft. AN		Nachrichtlich: Lohnquote in % Volkseinkommen[5]
				nominal[2]	real	nominal[2]	real	
1972	+ 3,8	+ 5,3	+ 9,1	+ 9,0	+ 3,5	+ 9,4	+ 3,9	69,0
1973	+ 3,6	+ 6,8	+ 10,3	+ 11,0	+ 3,9	+ 7,5	+ 0,7	69,7
1974	+ 1,4	+ 6,9	+ 12,5	+ 10,8	+ 3,7	+ 9,5	+ 2,4	71,8
1975	+ 1,5	+ 6,1	+ 8,5	+ 6,2	+ 0,1	+ 6,6	+ 0,5	71,9
1976	+ 5,9	+ 4,4	+ 5,9	+ 6,9	+ 2,4	+ 4,5	+ 0,1	70,2
1977	+ 2,7	+ 3,5	+ 6,9	+ 6,8	+ 3,2	+ 5,8	+ 2,2	70,5
1978	+ 2,2	+ 2,5	+ 5,6	+ 5,3	+ 2,7	+ 6,3	+ 3,7	69,5
1979	+ 2,5	+ 3,9	+ 4,8	+ 5,7	+ 1,7	+ 6,2	+ 2,2	69,4
1980	- 0,6	+ 5,3	+ 6,7	+ 6,6	+ 1,2	+ 5,2	- 0,1	71,6
1981	+ 0,2	+ 6,3	+ 5,5	+ 4,8	- 1,4	+ 4,6	- 1,6	72,4
1982	+ 0,3	+ 5,4	+ 4,0	+ 3,9	- 1,4	+ 3,1	- 2,2	72,5
1983	+ 3,2	+ 3,2	+ 3,3	+ 3,2	+ 0,0	+ 2,3	- 0,8	70,4
1984	+ 2,6	+ 2,4	+ 2,9	+ 3,0	+ 0,6	+ 1,9	- 0,5	69,2
1985	+ 1,3	+ 2,0	+ 2,8	+ 2,9	+ 0,9	+ 1,7	- 0,3	68,7
1986	+ 0,9	- 0,2	+ 3,5	+ 3,6	+ 3,8	+ 4,0	+ 4,2	67,8
1987	+ 0,7	+ 0,1	+ 3,4	+ 3,1	+ 3,0	+ 2,1	+ 2,0	68,1
1988	+ 2,9	+ 1,1	+ 2,9	+ 3,0	+ 1,9	+ 3,3	+ 2,2	67,0
1989	+ 2,1	+ 2,9	+ 2,8	+ 3,0	+ 0,1	+ 2,1	- 0,8	65,8
1990	+ 2,7	+ 2,7	+ 3,9	+ 4,7	+ 2,0	+ 7,6	+ 4,8	65,0
1991	+ 1,9	+ 3,6	+ 6,0	+ 6,0	+ 2,3	+ 2,9	- 0,7	65,3
1992	+ 0,7	+ 4,0	+ 5,7	+ 5,5	+ 1,4	+ 4,1	+ 0,1	66,2
1993	- 0,2	+ 3,8	+ 3,8	+ 2,7	- 1,1	+ 2,7	- 1,1	67,3
1994[6]	+ 3,6	+ 3,0	+ 2,0	+ 1,8	- 1,2	+ 0,2	- 2,8	65,8

1) Alle Angaben außer Lohnquote in % gegenüber dem Vorjahr.
2) Quelle: Stat. Bundesamt, Fachs. 18, R. 1.3
3) 4-Personen-Haushalt von Arbeitern und Angestellten mit mittlerem Einkommen; Quelle: Stat. Bundesamt, Fachs. 17, R. 7
4) Bis 1983: Berechnet auf Monatsbasis einschl. Beamtenbezüge; Quelle: Deutsche Bundesbank; Tarif- und Effektivverdienste; ab 1984: ohne Beamtenbezüge; Quelle: WSI-Tarifarchiv.
5) Strukturbereinigt bei konstant gehaltener Arbeitnehmerquote des Jahres 1970
6) Schätzung bzw. vorläufige Berechnung.

Stand: Januar 1995

Ausbildungsvergütungen der gewerblichen und kaufmännischen Auszubildenden[1] in 24 ausgewählten Tarifbereichen

Tarifbereich	1. Ausbildungsjahr DM	2. Ausbildungsjahr DM	3. Ausbildungsjahr DM	4. Ausbildungsjahr DM	Erhöhung gegenüber Dezember 1993 im 3. Ausbildungsjahr vH
Landwirtschaft[2] Bayern	733/797	800/893	919/1.035	-	2,6/2,6
Energiewirtschaft Nordrhein-Westfalen (GWE-Bereich)	948	1.094	1.242	1.389	2,0
Steinkohlenbergbau Ruhr 3)	795	915	1.035	1.155	- 5,9
Eisen- und Stahlindustrie Nordrhein-Westfalen 4) 5)	914	953	1.020	1.105	0,0
Chemische Industrie Nordrhein	1.005	1.139	1.264	1.377	2,0
Mineralölverarbeitung RWE-DEA 6)	1.100	1.230	1.355	1.485	0,0
Metallindustrie Nordwürttemberg/Nordbaden[7]	1.028	1.092	1.188	1.270	2,0
Kfz-Gewerbe[2] Nordrhein-Westfalen	730/803	760/836	825/908	905/996	2,6
Holzverarbeitende Industrie Westfalen-Lippe	865	923	1.000	-	6,4
Papierverarbeitende Industrie Westfalen	963	1.063	1.163	1.263[8]	2,2
Druckindustrie Bundesgebiet-West	1.145	1.245	1.345	1.445[8]	2,0
Schuhindustrie[9] Bundesgebiet-West	870 (830)	910 (890)	1.050 (950)	- -	2,7 (2,2)
Textilindustrie[10] Baden-Württemberg	933	1.004	1.115	1.206	0,0
Bekleidungsindustrie Bayern	755 (755)	833 (849)	955 (989)	- -	2,0 (2,0)
Süßwarenindustrie Baden-Württemberg	920	1.010	1.150	1.250	2,4
Bauhauptgewerbe[11] Bundesgebiet-West und Berlin-West	987 (876)	1.536 (1.222)	1.938 (1.594)	2.194 -	2,4 (2,4)
Einzelhandel Nordrhein-Westfalen	985	1.070	1.225	1.325	3,8
Deutsche Bahn AG[12]	1.005	1.084	1.156	1.258	-
Privates Transport- und Verkehrsgewerbe Nordrhein-Westfalen	735	875	980	-	2,6
Privates Bankgewerbe Bundesgebiet-West und Berlin-West	1.100	1.200	1.300	-	2,0
Privates Versicherungsgewerbe[13] Bundesgebiet-West und Berlin-West	1.167	1.292	1.417	-	-
Hotel- und Gaststättengewerbe[2] Bayern	755/835	925/975	1.080/1.080	-	2,9
Gebäudereinigerhandwerk[14] Nordrhein-Westfalen	810	970	1.135	-	3,7
Öffentlicher Dienst Bund, Länder, Gemeinden	1.025	1.106	1.180	1.283	2,0

Fußnoten s. Rückseite

Quelle: WSI-Tarifarchiv Stand: 31.12.1994

Fußnoten zu Tabelle 10:

1) Beträge auf volle DM gerundet; bei unterschiedlichen Ausbildungsvergütungen Angaben für kaufm. Auszubildende in Klammern.

2) Ausbildungsvergütung unter 18./ab 18. Lebensjahr.

3) Für die Dauer der Untertageausbildung + 195 DM mtl., für Auszubildende zum Bergmechaniker oder Berg- und Maschinenmann + 70 DM mtl.

4) Auszubildende in den Berufen als Schmied, Former, Hüttenfacharbeiter und Metallhüttenarbeiter erhalten einen Zuschlag von 40 DM mtl.

5) Keine Einkommenserhöhung wegen vorgezogener 35-Std.-Woche.

6) Für die TV-Laufzeit wurden keine Einkommenserhöhungen vereinbart.

7) Auszubildende in den Berufen als Formschmied, Gesenkschmied, Kettenschmied, Kesselschmied und Former erhalten einen Zuschlag von 45 DM mtl.

8) 4. Ausbildungsjahr gilt nur für gewerbliche Auszubildende.

9) Kaufm. Auszubildende in Niedersachsen, Bremen, NRW

10) Angaben aus 1993. Keine Tariferhöhung für 1994.

11) Kfm. Auszubildende ohne Hamburg.

12) Siehe Fußnote 8 zu Tabelle 2.

13) Stand: 31.10.93; Neuabschluß liegt noch nicht vor

14) Staffelung für gewerbl. Ausz.: In den ersten 10 / nach 10 / nach 20 Mon. Ausbildungszeit.

Tarifliche Lohn-, Gehalts- und Entgeltstruktur[1] in 24 ausgewählten Tarifbereichen

Tarifbereich	Vergütungsart 3)	unterste Gruppe		mittlere[2] Gruppe		oberste Gruppe		Spalte 8 zu Spalte 3 in vH
		Einstiegstarif n.v.18.Lj.	Endstufe	Einstiegstarif n.v.18.Lj.	Endstufe	Einstiegstarif	Endstufe	
(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
Landwirtschaft	L	1.752	1.752	2.754	2.754	3.080	3.080	175,8
Bayern	G[4]	1.456	1.456	2.031	2.632	5.366	5.966	409,8
Energiewirtschaft Nordrhein-Westfalen (GWE-Bereich)	E	2.734	3.203	3.651	4.277	6.304	7.385	270,1
Steinkohlenbergbau	L	2.168	2.168	2.722	2.722	3.984	3.984	183,8
Ruhr 5)	G	1.828	2.353	2.411	3.350	4.320	5.220	285,6
Eisen- und Stahlindustrie	L	2.064	2.064	2.526	2.526	3.107	3.107	150,5
Nordrhein-Westfalen	G	1.842	2.253	2.306	2.827	4.725	5.432	294,9
Chemische Industrie Nordrhein	E	2.817	2.817	3.299	3.827	6.599	6.599	234,3
Mineralölverarbeitung[6]	L	3.520	3.666	4.257	4.505	4.731	5.204	147,8
RWE-DEA	G	2.833	3.702	3.226	4.650	5.729	7.271	256,7
Metallindustrie	L	2.335	2.335	2.746	2.746	3.707	3.707	158,8
Nordwürttemberg/Nordbaden	G	2.188	2.571	2.680	3.152	5.865	5.865	268,1
Kfz-Gewerbe	L	1.690	2.414	2.632	3.008	3.498	3.498	207,0
Nordrhein-Westfalen	G	2.069	2.497	2.586	3.231	4.024	4.714	224,9
Holzverarbeitende Industrie	L	2.580	2.580	3.000	3.000	3.000	3.000	116,3
Westfalen-Lippe	G	2.538	2.538	3.015	3.547	5.722	5.722	225,5
Papierverarbeitende Industrie	L	2.179	2.179	2.674	2.906	3.486	3.486	160,0
Westfalen	G	2.212	2.769	2.652	3.629	5.269	5.269	238,2
Druckindustrie								
Bundesgebiet-West	L	2.623[7]	2.836	3.367	3.545	4.254	4.254	162,2
Nordrhein-Westfalen	G	2.261	3.108	2.588	3.542	6.639	6.639	293,6
Schuhindustrie								
Bundesgebiet-West	L	2.140	2.140	2.298	2.298	2.298	2.298	107,4
Niedersachsen, Bremen, NRW	G	1.538	2.004	1.732	2.630	4.099	4.565	296,8
Textilindustrie[8]	L	2.312	2.312	2.567[9]	2.646	3.245	3.245	140,4
Baden-Württemberg	G	2.108	2.716	2.787	3.624	5.693	6.147	291,6
Bekleidungsindustrie	L	1.886[10]	2.219	2.376	2.376	2.866	2.866	152,0
Bayern	G	2.160	3.065	2.298	3.573	3.635	5.270	244,0
Süßwarenindustrie Baden-Württemberg	E	2.173	2.173	2.984	3.242	5.571	5.571	256,4
Bauhauptgewerbe	L	2.966	2.966	3.657	3.657	4.582	4.582	154,5
Bundesgebiet-West und Berlin-West	G[11]	2.000	2.506	2.877	3.561	6.313	6.751	337,6
Einzelhandel	L	2.446	2.984	2.737	3.540	3.284	4.248	173,7
Nordrhein-Westfalen	G	1.823	2.307	2.089	3.060	3.766	5.856	321,2
Deutsche Bahn AG[12]	E	2.028	2.274	2.740	2.830	9.206	9.864	486,4
Privates Transport- und Verkehrsgewerbe	L	2.368	2.368	2.631	2.631	2.723	2.723	115,0
Nordrhein-Westfalen	G	2.039	2.465	2.318	3.056	3.614	4.680	229,5
Privates Bankgewerbe Bundesgebiet-West und Berlin-West	E	2.674	3.155	3.033	3.791	5.249	5.906	220,9
Privates Versicherungsgewerbe[13] Bundesgebiet-West und Berlin-West	E	2.986	2.986	3.107	3.551	4.837	5.831	195,3
Hotel- und Gaststättengewerbe[14] Bayern	E	2.065	2.065	2.575	2.575	3.952	3.952	191,4
Gebäudereinigerhandwerk[15]	L	2.206	2.206	2.427	2.427	2.537	2.537	115,0
Nordrhein-Westfalen	G	1.620	2.270	3.080	3.725	5.185	5.510	340,1
Öffentlicher Dienst[16]								
Arb.: Bund, Länder, Gemeinden	L	2.510	2.922	2.864	3.334	3.718	4.155	165,5
Ang.: Gemeinden	G	2.364	2.811	2.625	3.247	5.798	9.236	390,7

Fußnoten s. Rückseite

Quelle: WSI-Tarifarchiv Stand: 31.12.1994

Fußnoten zu Tabelle 11:

1) Auf der Basis der tariflichen Tabellenvergütungen ohne Zulagen, Zuschläge und sonstige Zahlungen, soweit nichts anderes angegeben; Beträge auf volle DM gerundet.

2) Mittlere Gruppe = unterste Gruppe für AN mit abgeschlossener, in der Regel 3jähriger Berufsausbildung.

3) Soweit im TV kein Monatslohn angegeben ist, wurde der Monatssatz errechnet aus Stundenlohn x Stundenteiler; bei unterschiedlichen Gehältern von kaufm. und techn. Angestellten sind die Gehälter der kaufm. Angestellten angegeben; bei Druckindustrie Wochenlohn x 4,33.

4) Stand 30.9.94; Neuabschluß liegt noch nicht vor.

5) Wegen zusätzlicher Freischichten wurden Einkommensabschmelzungen vereinbart.

6) Für die TV-Laufzeit wurden keine Einkommenserhöhungen vereinbart.

7) Eingangsstufe (Einarbeitungslohn 6 Monate).

8) Angaben aus 1993. Keine Tariferhöhung für 1994.

9) Berücksichtigt wurde der Einarbeitungslohn (97 vH max. 8 Wochen).

10) Berücksichtigt wurde der Abschlag für Anzulernende (85 vH für die ersten 6 Wochen).

11) Ohne Hamburg und Bayern.

12) Siehe Fußnote 8 zu Tabelle 2.

13) Stand 31.10.1993; Neuabschluß liegt noch nicht vor.

14) Festbesoldetes Personal.

15) Angaben für Arbeiter beziehen sich auf ReinigerInnen in der Unterhalts- und Gebäudeinnenreinigung; mittlere Gruppe = VorarbeiterInnen für bis zu 15 AN, oberste Gruppe = VorarbeiterInnen für mehr als 15 AN.

16) Angaben jeweils einschl. allgemeiner Zulage, für Ang. einschl. Ortszuschlag Stufe 1 (ledig); Eingangsstufen der unteren und mittleren Löhne und Gehälter sind umgerechnet auf 18j. AN (= 96 vH bei Arbeitern, 93 vH der Grundverg. bei Ang.).

Tarifvertragliche Zusatzleistungen

(Zusätzliches Urlaubsgeld und Jahressonderzahlung)

Jahr	Anspruch auf		Anspruch auf Zusatzleistungen je Jahr von					Durchschnittlicher Betrag der Zusatzleistungen je Jahr in % eines tariflichen Bruttomonatseinkommens
	Urlaubsgeld	Sonderzahlung	unter 30 %	30 % bis 59 %	60 % bis 89 %	90 % bis 119 %	120 % oder mehr	
	hatten....% der tariflich erfaßten Arbeitnehmer		eines tariflichen Bruttomonatseinkommens hatten... % der tariflich erfaßten Arbeitnehmer					
1974	79	61	28	17	9	40	6	68
1975	79	73	24	14	11	45	6	70
1976	79	74	15	18	10	48	9	74
1977	92	75	14	19	9	49	9	80
1978	93	76	14	19	8	50	9	80
1979	93	77	13	14	13	50	10	82
1980	93	86	14	3	20	52	11	85
1981	93	88	13	4	20	52	11	88
1982	94	90	9	7	19	51	14	90
1983	94	91	8	7	19	51	15	91
1984	94	91	8	7	5	65	15	92
1985	94	92	8	7	5	65	15	92
1986	94	92	8	7	5	65	15	92
1987	94	92	8	7	5	65	15	92
1988	94	92	8	7	5	65	15	92
1989	94	93	8	7	5	65	15	92
1990	94	95	8	5	7	65	15	94
1991	94	97	8	5	6	61	20	96
1992	94	98	8	5	6	40	41	98
1993	94	98	8	5	5	40	42	100
1994	94	98	8	5	5	62	20	98

Quelle: BMA-Tarifregister

Tarifvertragliche vermögenswirksame Leistungen

Jahr	Anspruch auf vermögenswirksame Leistungen mit einem Jahresbetrag von							Durchschnittlicher Betrag bezogen auf	
	unter 156 DM	156 DM bis 311 DM	312 DM bis 467 DM	468 DM bis 623 DM	624 DM bis 935 DM	936 DM	insgesamt	die anspruchsberechtigten Arbeitnehmer	alle tariflich erfaßten Arbeitnehmer
	hatten..... % der tariflich erfaßten Arbeitnehmer							DM	
1974	-	14	51	3	9	-	77	-	-
1975	-	15	47	8	9	-	79	-	-
1976	-	16	38	13	11	-	78	372	290
1977	2	15	10	40	13	-	80	413	330
1978	-	27	9	38	18	-	92	394	362
1979	1	25	10	39	19	-	94	405	381
1980	-	24	7	15	48	-	94	466	438
1981	1	16	13	12	53	-	95	480	456
1982	-	16	13	11	55	-	95	487	463
1983	-	15	13	10	57	-	95	493	468
1984	-	15	13	7	60	0	95	495	470
1985	-	15	13	7	60	0	95	499	474
1986	-	15	13	7	60	0	95	502	477
1987	-	16	12	6	59	2	95	503	478
1988	-	16	12	6	59	2	95	504	479
1989	-	16	12	6	55	6	95	516	490
1990	-	17	12	5	54	7	95	516	490
1991	-	16	12	5	54	8	95	528	502
1992	-	16	12	4	54	9	95	531	504
1993	-	16	12	4	53	10	95	535	508
1994	-	15	13	5	52	10	95	532	505

Quelle: BMA-Tarifregister

West

Tabelle 14

Entwicklung der tarifvertraglich vereinbarten Wochenarbeitszeit 1984 - 1994

- AN der gesamten Wirtschaft in Tarifbereichen ab 1.000 Beschäftigten in vH -

31.12. des Jahres	Beschäftigte nach der vereinbarten[1] tariflichen Wochenarbeitszeit in vH[2]										durchschnittliche tarifl Wochenarbeitszeit	
	35	36	36,5	37	37,5	38	38,5	39	39,5	40 und mehr	in Kraft	vereinbart
1984	-	-	-	-	-	1,4	23,1	0,0	-	75,4		39,6
1985	-	-	-	-	0,2*	1,3	36,3	0,1	-	61,9		39,4
1986	-	-	-	-	0,3*	1,7	42,9	1,2	-	53,6		39,3
1987	-	-	-	22,9	0,2	2,2	24,9	5,2	-	45,0		38,9
1988	-	-	1,0**	23,6	0,5	2,9	43,5	11,2	-	17,3	39,0	38,4
39	-	-	1,0**	29,1	9,1	6,4	29,5	13,6	-	11,0	38,5	38,1
1990	23,4	0,0	0,1	8,2	9,3	7,2	39,9	3,1	0,1	8,7	38,4	37,7
1991	23,7	0,6	0,0	11,0	9,2	8,2	24,7	16,2	0,1	6,3	38,1	37,6
1992	24,7	0,2	0,0	10,9	14,0	7,1	24,7	13,7	0,1	4,6	38,1	37,4
1993	23,6	1,8	0,4	9,1	14,4	8,0	24,3	14,4	0,1	3,7	37,7	37,4
1994	22,5	2,1	0,6	8,3	14,7	8,6	24,4	14,1	0,1	3,6	37,7	37,5

*) unter 38 Stunden

**) unter 37 Stunden

1) Die Angaben beziehen sich auf die vereinbarte regelmäßige tarifliche Wochenarbeitszeit (bei stufenweiser Verkürzung der Arbeitszeit in der letzten Stufe) unabhängig vom Datum des Inkrafttretens der vereinbarten Arbeitszeitverkürzung; ohne Wochenarbeitszeitverkürzung für einzelne Beschäftigtengruppen.

2) Die Berechnungen erfolgen auf der Basis aller von Tarifabschlüssen der DGB-Gewerkschaften begünstigten Arbeitnehmer = 100; sofern sich die Anteile nicht zu 100 aufaddieren, existiert in den betreffenden Wirtschaftszweigen eine Anzahl von Arbeitnehmern ohne tarifliche Wochenarbeitszeitregelung oder Sonderregelung.

Quelle: WSI-Tarifarchiv

Tarifvertraglich vereinbarte wöchentliche Arbeitszeit[1)]

- AN in Tarifbereichen mit 1.000 und mehr Beschäftigten[2)] - Anteile in vH -

Wirtschaftsbereich[3)]	erfaßte AN insges.	Beschäftigte nach der vereinbarten tarifl. Wochenarbeitszeit in vH[4)]										durchschnittl. vereinb. tarifl. WAZ
		35	36	36,5	37	37,5	38	38,5	39	39,5	40 und mehr	
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	210	0,5	-	-	-	-	-	7,1	56,7	6,7	29,0	39,3
darunter:												
- Landwirtschaft	60	-	-	-	-	-	-	-	-	-	100,0	40,0
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	292	-	-	0,3	1,7	2,4	48,3	5,5	0,7	-	41,1	38,8
darunter:												
- Energie- und Wasserversorgung	141	-	-	-	3,6	5,0	78,6	11,4	1,4	-	-	38,0
-Bergbau	151	-	-	0,7	-	-	19,9	-	-	-	79,4	39,6
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1.105	11,4	-	-	3,1	69,9	13,0	0,1	2,5	-	-	37,3
darunter:												
- Eisen- u. Stahlindustrie	117	100,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	35,0
- Chemische Industrie	693	-	-	-	-	100,0	-	-	-	-	-	37,5
Investitionsgütergewerbe	4.641	75,0	7,7	2,4	11,3	0,2	1,5	1,7	-	-	0,2	35,5
darunter:												
- Metallverarb.Industrie	3.354	100,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	35,0
- Metallverarb.Handwerk	1.144	1,1	31,1	9,5	43,4	1,0	6,0	7,0	-	-	0,9	36,8
Verbrauchsgütergewerbe	1.384	34,5	0,4	-	32,8	5,4	16,4	4,4	3,6	0,1	0,7	36,7
darunter:												
- Holzverarb. Industrie	183	100,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	35,0
- Druckindustrie	175	100,0	-	-	-	-	-	-	-	-	-	35,0
- Lederindustrie	41	-	-	-	9,8	-	-	-	90,2	-	-	38,8
- Textil-u.Bekleid.Industrie	266	-	-	-	100,0	-	-	-	-	-	-	37,0
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	760	-	3,5	-	12,2	4,7	50,2	8,4	16,2	-	4,8	38,1
Baugewerbe	1.215	-	-	-	-	0,4	0,3	-	99,3	-	-	39,0
darunter:												
- Bauhauptgewerbe	963	-	-	-	-	-	-	-	100,0	-	-	39,0
Handel	3.041	-	-	-	3,5	58,0	1,0	35,8	1,6	-	0,1	37,9
darunter:												
- Großhandel	1.042	-	-	-	2,2	-	-	97,8	-	-	-	38,5
- Einzelhandel	1.824	-	-	-	4,2	95,8	-	-	-	-	-	37,5
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	980	-	-	-	1,8	4,9	14,1	54,8	16,4	-	6,4	38,5
darunter:												
- Deutsche Bahn AG	107	-	-	-	-	-	100,0	-	-	-	-	38,0
- Deutsche Bundespost	231	-	-	-	-	-	-	100,0	-	-	-	38,5
- Priv.Transport- und Verkehrsgewerbe 5)	410	-	-	-	-	-	32,4	25,9	39,2	-	2,5	38,6
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	672	-	-	-	-	-	42,3	-	57,7	-	-	38,6
darunter:												
- Banken	388	-	-	-	-	-	-	-	100,0	-	-	39,0
- Versicherungen	284	-	-	-	-	-	100,0	-	-	-	-	38,0
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	1.677	5,1	-	-	18,4	-	4,1	13,4	37,1	-	21,5	38,5
darunter:												
- Hotel-u.Gaststättengew.	537	-	-	-	-	-	-	-	83,3	-	16,7	39,2
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	2.549	0,1	-	-	-	0,1	-	99,7	-	-	0,1	38,5
darunter:												
- Bund, Länder, Gemeinden	2.234	-	-	-	-	-	-	100,0	-	-	-	38,5
Gesamte Wirtschaft	18.526	22,5	2,1	0,6	8,3	14,7	8,6	24,4	14,8	0,1	3,6	37,5

Fußnoten s. Rückseite

Quelle: WSI-Tarifarchiv **Stand: 31.12.1994**

Fußnoten zu Tabelle 15:

1) Die Angaben beziehen sich auf die zum Stichtag 31.12.1994 vereinbarte regelmäßige tarifliche Wochenarbeitszeit (bei stufenweiser Verkürzung der Arbeitszeit in der letzten Stufe unabhängig vom Datum des Inkrafttretens der bis zum Stichtag vereinbarten Arbeitszeitverkürzung; ohne Wochenarbeitszeitverkürzung für einzelne Beschäftigtengruppen).

2) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfaßten Arbeitnehmer aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer.

   Die Differenz zwischen Beschäftigtenzahlen von Arbeitszeitstatistiken einerseits und den Einkommensstatistiken andererseits erklärt sich zum einen daraus, daß die Anzahl der Arbeitnehmer in Tarifbereichen mit tariflosem Zustand bei Lohn, Gehalt, Entgelt in den Vergütungstabellen nicht enthalten ist, mit ihren Arbeitszeitregelungen aber in den Arbeitszeitstatistiken berücksichtigt wird; zum anderen daraus, daß den Arbeitszeit- und Vergütungstabellen teilweise unterschiedliche Geltungsbereiche zugrunde liegen.

3) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.

4) Falls sich die Einzelspalten nicht zur AN-Gesamtangabe aufaddieren, existiert in den betreffenden Wirtschaftszweigen eine Anzahl von Arbeitnehmern ohne tarifliche Wochenarbeitszeitregelung oder Sonderregelung (z.B. Heimarbeiter in der Bekleidungsindustrie).

5) Ohne Personenbeförderung, Schiffahrt, Häfen und Lagerhausbetriebe, soweit dafür besondere TVe abgeschlossen werden.

Tarifvertragliche wöchentliche Arbeitszeit in Kraft[1)]

- AN in Tarifbereichen mit 1.000 und mehr Beschäftigten[2)] - Anteile in vH

Wirtschaftsbereich[3)]	erfaßte AN insges.	Beschäftigte nach der tariflichen Wochenarbeitszeit in vH[4)]										durchschnittl. tarifl. WAZ in Kraft zum 31.12.94
		35	36	36,5	37	37,5	38	38,5	39	39,5	40 und mehr	
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	210	-	-	0,5	-	-	-	7,1	56,7	6,7	29,0	39,3
darunter:												
- Landwirtschaft	60	-	-	-	-	-	-	-	-	-	100,0	40,0
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	292	-	-	0,3	1,7	2,4	48,3	5,5	0,7	-	41,1	38,9
darunter:												
- Energie- und Wasserversorgung	141	-	-	-	3,6	5,0	78,6	11,4	1,4	-	-	38,0
- Bergbau	151	-	-	0,7	-	-	19,9	-	-	-	79,4	39,6
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1.105	9,6	-	1,0	3,8	69,5	13,5	0,1	2,5	-	-	37,3
darunter:												
- Eisen- u. Stahlindustrie	117	90,6	-	9,4	-	-	-	-	-	-	-	35,1
- Chemische Industrie	693	-	-	-	-	100,0	-	-	-	-	-	37,5
Investitionsgütergewerbe	4.641	2,2[5)]	72,8	-	21,4	0,2	1,5	1,7	-	-	0,2	36,1
darunter:												
- Metallverarb.Industrie	3.354	-	100,0	-	-	-	-	-	-	-	-	36,0
- Metallverarb.Handwerk	1.144	-	1,1	-	84,0	1,0	6,0	7,0	-	-	0,9	37,2
Verbrauchsgütergewerbe	1.384	0,1	10,3	-	56,8	5,6	16,7	4,4	3,8	-	0,7	37,3
darunter:												
- Holzverarb. Industrie	183	-	66,1	-	33,9	-	-	-	-	-	-	36,3
- Druckindustrie	175	-	-	-	100,0	-	-	-	-	-	-	37,0
- Lederindustrie	41	-	-	-	-	-	9,8	-	90,2	-	-	38,9
- Textil-u.Bekleid.Industrie	266	-	-	-	99,6	0,4	-	-	-	-	-	37,0
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	760	-	-	-	12,1	1,6	56,8	8,3	16,3	-	4,9	38,2
Baugewerbe	1.215	-	-	-	-	0,4	0,1	0,1	98,7	-	0,7	39,0
darunter:												
- Bauhauptgewerbe	963	-	-	-	-	-	-	-	100,0	-	-	39,0
Handel	3.041	-	-	-	3,5	58,0	1,0	35,8	1,6	-	0,1	37,9
darunter:												
- Großhandel	1.042	-	-	-	2,2	-	-	97,8	-	-	-	38,5
- Einzelhandel	1.824	-	-	-	4,2	95,8	-	-	-	-	-	37,5
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	980	-	-	-	1,7	5,0	9,6	54,8	20,9	-	6,4	38,6
darunter:												
- Deutsche Bahn AG	107	-	-	-	-	-	-	100,0	-	-	-	38,5
- Deutsche Bundespost	231	-	-	-	-	-	-	100,0	-	-	-	38,5
(v.Transport- und Verkehrsgewerbe 6)	410	-	-	-	-	-	21,7	25,9	49,9	-	2,5	38,7
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	672	-	-	-	-	-	42,3	-	57,7	-	-	38,6
darunter:												
- Banken	388	-	-	-	-	-	-	-	100,0	-	-	39,0
- Versicherungen	284	-	-	-	-	-	100,0	-	-	-	-	38,0
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	1.677	-	0,5	-	9,4	2,0	15,2	13,4	37,7	-	21,5	38,8
darunter:												
- Hotel-u.Gaststättengew.	537	-	-	-	-	-	-	-	83,3	-	16,7	39,2
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	2.549	-	0,1	-	-	0,1	-	99,7	-	-	0,1	38,5
darunter:												
- Bund, Länder, Gemeinden	2.234	-	-	-	-	-	-	100,0	-	-	-	38,5
Gesamte Wirtschaft	18.526	1,1	19,1	0,1	11,9	14,7	9,0	25,0	15,1	0,1	3,7	37,7

Fußnoten s. Rückseite

Quelle: WSI-Tarifarchiv Stand: 31.12.1994

Fußnoten zu Tabelle 16:

1) Die Angaben beziehen sich auf die zum Stichtag 31.12.1994 geltende regelmäßige Wochenarbeitszeit ohne Wochenarbeitszeitverkürzung für einzelne Beschäftigtengruppen.

2) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfaßten Arbeitnehmer aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer.

   Die Differenz zwischen den Beschäftigtenzahlen von Arbeitszeitstatistiken einerseits und den Einkommensstatistiken andererseits erklärt sich zum einen daraus, daß die Anzahl der Arbeitnehmer in Tarifbereichen mit tariflosem Zustand bei Lohn, Gehalt, Entgelt in den Vergütungstabellen nicht enthalten ist, mit ihren Arbeitszeitregelungen aber in den Arbeitszeitstatistiken berücksichtigt wird; zum anderen daraus, daß den Arbeitszeit- und Vergütungstabellen teilweise unterschiedliche Geltungsbereiche zugrunde liegen.

3) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.

4) Falls sich die Einzelspalten nicht zur AN-Gesamtangabe aufaddieren, existiert in den betreffenden Wirtschaftszweigen eine Anzahl von Arbeitnehmern ohne tarifliche Wochenarbeitszeitregelung oder Sonderregelung (z.B. Heimarbeiter in der Bekleidungsindustrie).

5) 102.000 VW-Beschäftigte mit 28,8 Std./W.

6) Ohne Personenbeförderung, Schiffahrt, Häfen und Lagerhausbetriebe, soweit dafür besondere TVe abgeschlossen werden.

Arbeitszeitverkürzung in Form von freien Tagen

Begünstigte Arbeitnehmer und durchschnittliche Anzahl der freien Tage/Jahr in Tarifbereichen mit 1.000 und mehr Beschäftigten (in 1.000)[1)]

Wirtschaftsbereich[2)]	erfaßte AN insgesamt	begünstigte AN				Durchschnittl. Anzahl der freien Tage/Jahr	
		am 31.12.94		insgesamt vereinbart			
		Anzahl	vH	Anzahl	vH	zum 31.12.94	insgesamt vereinbart
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	210	71	33,8	71	33,8	2	2
darunter:							
- Landwirtschaft	60	55	91,7	55	91,7	2	2
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	292	139	47,6	139	47,6	24,9	23,2
darunter:							
- Energie- und Wasserversorgung	141	19	13,5	19	13,5	3,9	3,9
- Bergbau	151	120	79,4	120	79,4	28,2	26,3
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1.105	-	-	-	-	-	-
Investitionsgütergewerbe	4.641	-	-	-	-	-	-
Verbrauchsgütergewerbe	1.384	-	-	-	-	-	-
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	760	-	-	-	-	-	-
Baugewerbe	1.215	-	-	-	-	-	-
Handel	3.041	-	-	-	-	-	-
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	980	377	38,5	377	38,5	3,3	3,9
darunter:							
- Deutsche Bahn AG[3)]	107	-	-	-	-	-	-
- Deutsche Bundespost	231	231	100,0	231	100,0	2,0	2,0
- Priv. Transport- und Verkehrsgewerbe 4)	410	-	-	-	-	-	-
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	672	-	-	-	-	-	-
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	1.677	446	26,6	446	26,6	4,2	4,5
darunter:							
- Hotel- u. Gaststättengewerbe	537	80	14,9	80	14,9	4,6	4,6
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	2.549	2.436	95,6	2.436	95,6	2,0	2,0
darunter:							
- Bund, Länder, Gemeinden	2.234	2.234	100,0	2.234	100,0	2,0	2,0
Gesamte Wirtschaft	18.526	3.469	18,7	3.469	18,7	3,3	3,4

1) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfaßten Arbeitnehmer aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer.

2) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.

3) Siehe Fußnote 8 zu Tabelle 2.

4) Ohne Personenbeförderung, Schiffahrt, Häfen und Lagerhausbetriebe, soweit dafür besondere TVe abgeschlossen werden.

Quelle: WSI-Tarifarchiv Stand: 31.12.1994

Tariflicher Urlaubsanspruch

- AN in Tarifbereichen mit 1.000 und mehr Beschäftigten (in 1.000)[1] -

Wirtschaftsbereich[2]	erfaßte AN insgesamt	AN mit Endurlaub > 30 AT		durchschnittl. Grundurlaub	durchschnittl. Endurlaub	durchschnittl. mittlerer Urlaubsanspruch
		Anzahl in 1000	vH	in AT	in AT	in AT
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	210	2	1,0	23,8	27,7	25,8
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	292	-	-	29,5	30,0	29,8
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1.105	-	-	29,9	30,0	30,0
Investitionsgütergewerbe	4.641	1.054	22,7	30,0	30,3	30,1
Verbrauchsgütergewerbe	1.384	140	10,1	29,6	30,1	29,9
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	760	150	19,8	27,1	30,4	28,8
Baugewerbe	1.215	-	-	29,2	30,0	29,6
Handel	3.041	269	8,8	27,5	30,1	28,8
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	980	69	7,0	26,8	30,1	28,5
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	672	-	-	30,0	30,0	30,0
Private Dienstleistungen, Org. ohne Erwerbszweck	1.677	191	11,4	25,8	30,1	27,9
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	2.549	44	1,7	26,2	30,1	28,2
Gesamte Wirtschaft	18.526	1.919	10,4	28,2	30,1	29,2

1) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfaßten Arbeitnehmer aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer.

2) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.

Quelle: WSI-Tarifarchiv Stand: 31.12.1994

Tarifliche Wochen- und Jahresarbeitszeit

- AN in Tarifbereichen mit 1.000 und mehr Beschäftigten (in 1.000)[1] -

Wirtschaftsbereich[2]	erfaßte AN insgesamt	Tarifliche WAZ in Stunden		Arbeitstage pro Jahr [3]	Tarifliche Jahres-AZ in Stunden [4]
		vereinbart	in Kraft zum 31.12.94		
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	210	38,8	38,8	222,7	1.749,1
darunter:					
- Landwirtschaft	60	40,0	40,0	223,6	1.788,6
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	292	38,8	38,8	206,6	1.601,1
darunter:					
- Energie- und Wasserversorgung	141	38,0	38,0	218,1	1.657,6
- Bergbau	151	39,6	39,6	195,9	1.548,4
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1.105	37,3	37,3	219,1	1.638,2
darunter:					
- Eisen- u. Stahlindustrie	117	35,0	35,1	219,1	1.559,8
- Chemische Industrie	693	37,5	37,5	219,0	1.642,5
Investitionsgütergewerbe	4.641	35,5	36,1[5]	219,0	1.582,8
darunter:					
- Metallverarb. Industrie	3.354	35,0	36,0	218,9	1.575,9
- Metallverarb. Handwerk	1.144	36,8	37,2	219,3	1.631,0
Verbrauchsgütergewerbe	1.384	36,7	37,3	219,3	1.636,8
darunter:					
- Holzverarb. Industrie	183	35,0	36,3	218,7	1.598,2
- Druckindustrie	175	35,0	37,0	219,0	1.620,6
- Lederindustrie	41	38,8	38,9	221,0	1.719,9
- Textil-/Bekleid.Industrie	266	37,0	37,0	219,6	1.628,7
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	760	38,1	38,2	220,2	1.680,6
Baugewerbe	1.215	39,0	39,0	219,8	1.714,6
darunter:					
- Bauhauptgewerbe	963	39,0	39,0	219,5	1.711,8
Handel	3.041	37,9	37,9	220,8	1.672,9
darunter:					
- Großhandel	1.042	38,5	38,5	219,0	1.685,9
- Einzelhandel	1.824	37,5	37,5	222,0	1.663,7
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	980	38,5	38,6	219,6	1.695,5
darunter:					
- Deutsche Bahn AG[6]	107	38,0	38,5	221,0	1.701,7
- Deutsche Bundespost	231	38,5	38,5	219,0	1.686,3
- Priv. Transport- und Verkehrsgewerbe [7]	410	38,6	38,7	220,8	1.710,5
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	672	38,6	38,6	218	1.682,0
darunter:					
- Banken	388	39,0	39,0	218	1.700,4
- Versicherungen	284	38,0	38,0	218	1.656,8
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	1.677	38,5	38,8	220,5	1.720,1
darunter:					
- Hotel- u. Gaststättengewerbe	537	39,2	39,2	221,7	1.762,5
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	2.549	38,5	38,5	218,9	1.685,7
darunter:					
- Bund, Länder, Gemeinden	2.234	38,5	38,5	219,0	1.686,3
Gesamte Wirtschaft	18.526	37,5	37,7	219,4	1.655,9

Fußnoten s. Rückseite

Quelle: WSI-Tarifarchiv Stand: 31.12.1994

Fußnoten zu Tabelle 19:

1) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfaßten Arbeitnehmer aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer.

2) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.

3) Berechnungsbasis sind einheitlich 250 potentielle Arbeitstage pro Jahr minus durchschnittlichem Urlaubsanspruch und sonstigen arbeitsfreien Tagen pro Jahr.

4) Tarifliche Jahresarbeitszeit ist

$$\frac{\text{= Anzahl tariflicher AT pro Jahr}}{5} \text{ x tarifliche Wochenarbeitszeit}$$

Veränderungen der tariflichen Wochenarbeitszeit im Laufe des Jahres sind berücksichtigt.

5) Darunter 102.000 VW-Beschäftigte mit 28,8-Std.-Woche.

6) Siehe Fußnote 8 zu Tabelle 2.

7) Ohne Personenbeförderung, Schiffahrt, Häfen und Lagerhausbetriebe, soweit dafür besondere TVe abgeschlossen werden.

Kündbarkeit der tariflichen Wochenarbeitszeit und der tariflichen Urlaubsregelung

- AN in Tarifbereichen mit 1.000 und mehr Beschäftigten (in 1.000)[1] -

Wirtschaftsbereich[2]	erfaßte AN insgesamt	tarifliche Wochenarbeitszeit kündbar[3]			tariflicher Jahresurlaub kündbar[3]		
		bis einschl. 1995	1996	1997 und später	bis einschließl. 1995	1996	1997 und später
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	210	146	41	23	146	52	12
darunter:							
- Landwirtschaft	60	32	5	23	32	16	12
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	292	268	-	24	250	-	42
darunter:							
- Energie- und Wasserversorgung	141	117	-	24	99	-	42
- Bergbau	151	151	-	-	151	-	-
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	1.105	114	94	897	245	94	766
darunter:							
- Eisen- u. Stahlindustrie	117	-	-	117	117	-	-
- Chemische Industrie	693	-	-	693	-	-	693
Investitionsgütergewerbe	4.641	778	42	3.821	1.058	3.396	187
darunter:							
- Metallverarb. Industrie	3.354	-	-	3.354	-	3.354	-
- Metallverarb. Handwerk	1.144	676	42	426	954	42	148
Verbrauchsgütergewerbe	1.384	717	121	523	826	372	186
darunter:							
- Holzverarb. Industrie	183	-	77	106	-	77	106
- Druckindustrie	175	-	-	175	-	175	-
- Lederindustrie	41	37	4	-	41	-	-
- Textil-u. Bekleid.Industrie	266	266	-	-	266	-	-
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	760	633	68	59	585	79	96
Baugewerbe	1.215	1.206	-	9	1.205	-	10
darunter:							
- Bauhauptgewerbe	963	963	-	-	963	-	-
Handel	3.041	516	2.488	37	506	2.495	40
darunter:							
- Großhandel	1.042	259	751	32	259	751	32
- Einzelhandel	1.824	164	1 660	-	164	1.660	-
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	980	875	56	49	782	170	28
darunter:							
- Deutsche Bahn AG	107	107[4]	-	-	107	-	-
- Deutsche Bundespost	231	231	-	-	231	-	-
- Priv. Transport- und Verkehrsgewerbe 5)	410	343	44	23	255	132	23
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	672	672	-	-	672	-	-
darunter:							
- Banken	388		388	-	-	388	-
- Versicherungen	284	284	-	-	284	-	-
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	1.677	1.194	278	205	1.220	317	140
darunter:							
- Hotel- u. Gaststättengew.	537	376	52	109	376	52	109
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	2.549	2.546	-	3	2.549	-	-
darunter:							
- Bund, Länder, Gemeinden	2.234	2.234	-	-	2.234	-	-
Gesamte Wirtschaft	18.526	9.665	3.188	5.650	10.044	6.975	1.507

Fußnoten s. Rückseite

Quelle: WSI-Tarifarchiv Stand: 31.12.1994

Fußnoten zu Tabelle 20:

1) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfaßten Arbeitnehmer aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer.

2) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.

3) Falls sich die Einzelspalten nicht zur AN-Gesamtangabe aufaddieren, existiert in den betreffenden Wirtschaftszweigen eine Anzahl von Arbeitnehmern ohne tarifliche Wochenarbeitszeitregelung oder Sonderregelung (z.B. Heimarbeiter in der Bekleidungsindustrie).

4) 38 Std. ab 1.7.95 ohne festen Kündigungstermin (1 Monat z. Quartalsende).

5) Ohne Personenbeförderung, Schiffahrt, Häfen und Lagerhausbetriebe, soweit dafür besondere TVe abgeschlossen werden.

Tarifabschlüsse in ausgewählten West-Tarifbereichen im Jahr 1994

Gewerkschaft	Tarifbereich - fachlich - räumlich - persönlich begünstigte Arbeitnehmer	Lohn, Gehalt, Entgelt		Sonstige Bestimmungen
		Steigerung	in Kraft ab Laufzeit in Monaten	
GGLF	**Landwirtschaft** Bayern Arb. 11.800	DM 100 1,8 vH 2,4 vH (Stufe) 2,7 vH (Stufe	Jan.-Juni 94 1.7.94 1.3.95 1.1.96 30 Monate	Wiederinkraftsetzung des RTV bis 31.12.97 mit Regelungen zur Jahresarbeitszeit
IGBE ÖTV	**Energiewirtschaft** Nordrhein-Westfalen (GWE-Bereich) AN 40.000	2,0 vH	1.7.94 12 Monate	
IGBE	**Steinkohlenbergbau** Ruhr Arb./Ang. 81.000	1,74 vH DM 760 einmalige Zuwendung	1.1.95 12 Monate Nov. 95	Verminderung der ab 1.1.94 geltenden Einkommensreduzierung von 6 vH durch Rücknahme von 3 der zusätzlich vereinbarten Freischichten. Nach Wegfall der zusätzlich vereinbarten Freischichten am 31.12.95 Erhöhung der Einkommen auf der Grundlage der ab 1.3.92 gültigen Beträge um 3,0 vH sowie um weitere 2,0 vH ab 1.1.96 SZ: von DM 2500 auf DM 2566
IGM	**Eisen- und Stahlindustrie** Klöckner AG, Werke Bremen und Osnabrück, Peine-Salzgitter, NRW Arb./Ang. 106.100	-	1.5.94 12 Monate	Verlängerung der zum 30.4.94 kündbaren Einkommenstarifverträge ohne Erhöhung Vorziehen der ursprünglich für den 1.4.95 vereinbarten AZ-Verkürzung von 36,5 auf 35 Std./W. mit 4,29 vH Lohnausgleich zum 1.5.94 Reduzierung der Sonderzahlung von 110 vH/ME auf 76 vH / ME in 1994 93 vH / ME in 1995 TV "Beschäftigungssicherung" mit der Möglichkeit einer weiteren Reduzierung der AZ auf bis zu 32 Std./W. ohne Lohnausgleich durch Betriebsvereinbarung und Forderung nach einem Ausbau der Teilzeitarbeitsplätze. Grundsätzliche Übernahme von Ausz. nach bestandener Abschlußprüfung für mind. 6 Monate, in hüttenspezifischen Berufen für mind. 12 Monate

Tarifabschlüsse in ausgewählten West-Tarifbereichen im Jahr 1994

Gewerkschaft	Tarifbereich - fachlich - räumlich - persönlich begünstigte Arbeitnehmer	Lohn, Gehalt, Entgelt		Sonstige Bestimmungen
		Steigerung	in Kraft ab Laufzeit in Monaten	
CPK IGBE HBV	**Mineralölverarbeitung** RWE-DEA Arb./Ang. 2.000	-	1.10.94 12 Monate	Unveränderte Wiederinkraftsetzung der bisherigen Verträge SZ: von 100 auf 125 vH/ME Vereinbarungen zu Teilzeitarbeit
IGM	**Metallindustrie** (einschl. Gießereien ohne Feinblechpackungsindustrie, Heizungsindustrie und -handwerk, VW-Werk) alle Tarifbereiche im Bundesgebiet-West und Berlin-West Arb./Ang. 3.354.400	Nach 5 Nullmonaten 2,0 vH	1.6.94 7 Monate	Vereinbarung zur Beschäftigungssicherung (befristet bis 31.12.95) Betriebliche Möglichkeit zur Reduzierung der Wochenarbeitszeit von 36 auf 30 Std. - für alle Vollzeit-AN ohne Auszubildende: ohne Einkommensausgleich mit Arbeitsplatzgarantie - für Teilbelegschaften ohne Auszubildende: mit Teileinkommensausgleich von bis zu 7 vH bei 30 Std./W. ohne Arbeitsplatzgarantie; Zuschlagspflicht für Mehrarbeit - Verrechnung von tariflichen Jahresleistungen zur Vermeidung/Verminderung von Einkommensabsenkungen - keine finanziellen Nachteile für ausscheidende AN bei Anwendung der verkürzten AZ - Ausgleichszeitraum für AZ-Verteilung 12 Monate - Übernahme der Auszubildenden für mind. 6 Monate nach bestandener Abschlußprüfung Unveränderte Wiederinkraftsetzung der arbeitgeberseitig gekündigten Urlaubsbestimmungen (Url. 30 AT/U-Geld 50 vH des Urlaubsentgelts) Einmalige Kürzung der Sonderzahlung in 1994 um 10 Prozentpunkte in jeder Stufe (bisher 30-60 vH eines ME, gestaffelt nach BZ)
IGM HBV	**Kfz-Gewerbe** alle Tarifbereiche ohne Schleswig-Holstein, Bremen, Niedersachsen Arb./Ang. 238.900	2,3 - 3,0 vH regional unterschiedlich, in Hamburg Vorweganhebungen	1.1./1.2./1.3./ 1.4./1.7./1.10.94 12 Monate	Möglichkeit des freiwilligen Vorziehens der für 1996 vereinbarten 36-Stunden-Woche bei 1,4 vH Einkommensreduzierung (Baden-Württemberg)

Tarifabschlüsse in ausgewählten West-Tarifbereichen im Jahr 1994

Gewerkschaft	Tarifbereich - fachlich - räumlich - persönlich begünstigte Arbeitnehmer	Lohn, Gehalt, Entgelt		Sonstige Bestimmungen
		Steigerung	in Kraft ab Laufzeit in Monaten	
GHK	**Holzverarbeitende Industrie** ohne Saarland	3 Nullmonate[1)]		
	Arb./Ang. 183.300	2,0 vH[2)]	1.2./1.3./1.4./ 1.6./1.7.94 7 - 12 Monate	
		2,8 (Bayern: 4,2) vH Lohnausgleich für bereits vereinbarte AZ-Verkürzung		
	zusätzliche Stufenerhöhung für:			
	Nordrhein	2,4 vH	1.5.95 11 Monate	
	Hessen, Rheinland-Pfalz, Bayern	2,0 - 2,1 vH	1.2./1.3./1.4.95 12 - 14 Monate	
GHK	**Papierverarbeitende Industrie** Bundesgebiet-West und Berlin-West	4 Nullmonate 2,0 vH	Febr.-Mai 1.6.94 8 Monate	Vermeidung von betriebsbedingten Kündigungen durch Verkürzung der Wochen-AZ auf bis zu 34 Std. möglich
	Arb./Ang. 97.400			
IGMed.	**Druckindustrie** Bundesgebiet-West und Berlin-West	3 Nullmonate	April-Juni	- Wiederinkraftsetzung des zum 31.12.93 gekündigten Mantel-TV für 3 Jahre
	Arb./Ang. 174.700	2,0 vH	1.7.94 12 Monate	- Vereinbarung einer Friedenspflicht während der Laufzeit des Mantel-TV
		2,0 vH (Stufe)	1.7.95 9 Monate	
		5,7 vH Lohnausgleich für bereits vereinbarte AZ-Verkürzung auf 35-Std./W.	1.4.95	- 10 zuschlagsfreie Überstunden/Mon. durch Betriebsvereinbarung für eine Übergangszeit von 18 Mon. möglich
		-		- verbindliche Vereinbarung, Anfang Oktober 1994 Verhandlungen über einen neuen Mantel-TV u. einen tarifvertraglichen Vorruhestand für Nachtarbeit aufzunehmen
				- Vereinbarung über die Berechtigung von Streiks, wenn ein Schiedsgericht feststellt, daß die Arbeitgeber die Verhandlung für den Vorruhestand verschleppen.

Tarifabschlüsse in ausgewählten West-Tarifbereichen im Jahr 1994

Gewerk-schaft	Tarifbereich - fachlich - räumlich - persönlich begünstigte Arbeitnehmer	Lohn, Gehalt, Entgelt		Sonstige Bestimmungen
		Steigerung	in Kraft ab Laufzeit in Monaten	
GL	**Schuhindustrie** Bundesgebiet-West Arb./Ang. 22.300	2 Nullmonate 2,0 vH	Febr./März 1.3.94 10 Monate	
GTB	**Textilindustrie** Bundesgebiet-West und Berlin-West Arb./Ang. 147.300	regional unterschiedlich: 6 - 11 Nullmonate 2,0 vH (0,7 vH Ba.-Wü.) Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg: 1,4 vH Lohnausgleich für bereits vereinbarte AZ-Verkürzung auf 37 Std./W.	April-Dez. 94 regional unterschiedlich: 1.10./1.11.94/ 1.1./1.3.95 1.5.94	u.a.: - Ausdehnung des Ausgleichszeitraums für Wochen-AZ auf 52 Wochen - teilweise unveränderte Wiederinkraftsetzung des U-Geldes und der Jahressonderzahlung
GTB	**Bekleidungsindustrie** Bundesgebiet-West und Berlin-West Arb./Ang. 111.700	7 Nullmonate 2,0 vH 1,4 vH Lohnausgleich für bereits vereinbarte AZ-Verkürzung auf 37 Std./W.	Mai-Nov. 1.12.94 5 Monate 1.5.94	- Ausdehnung des Ausgleichszeitraums für Wochen-AZ auf 52 Wochen - Höchstarbeitszeitgrenze 45 Std./W.
NGG	**Süßwarenindustrie** Bundesgebiet-West und Berlin-West ohne Bayern AN 47.200	2,0 vH DM 100 Pauschale (NRW-2 Mon.) DM 80 Pauschale (Hessen, Baden-Württemberg, Berlin-1 Mon.)	1.4./1.5./1.6./ 1.7./1.8.94 10-12 Monate regional unterschiedlich	Neuer MTV: - Urlaub auf 30 AT für alle ab 1996 - Urlaubsgelderhöhung - Erhöhung der SZ
BSE	**Bauhauptgewerbe** Bundesgebiet-West und Berlin-West Arb./Ang. 962.800	2,4 vH	1.4.94 12 Monate	zusätzlich DM 0,03/Std. für Spezialbaufacharbeiter und 0,1 vH für Ang. der unteren 3 Gehaltsgruppen

Tarifabschlüsse in ausgewählten West-Tarifbereichen im Jahr 1994

Gewerkschaft	Tarifbereich - fachlich - räumlich - persönlich begünstigte Arbeitnehmer	Lohn, Gehalt, Entgelt		Sonstige Bestimmungen
		Steigerung	in Kraft ab Laufzeit in Monaten	
GdED	**Deutsche Bahn AG** AN 107.000	1,5 vH DM 150 Einmalzahlung 1,8 vH	1.1.94 Okt.-Dez. 94 1.1.95 6 Monate	vollständig neues Tarifwerk mit gemeinsamem Entgelt-TV; umfangreiche Absicherungs- und und Besitzstandsregelungen AZ-Verkürzung von 38,5 auf 38 Std./W. ab 1.7.95
ÖTV	**Privates Transport- und Verkehrsgewerbe** Nordrhein-Westfalen Arb./Ang. 90.000	2 Nullmonate 2,3 vH	April/Mai 1.6.94 10 Monate	Tarifergebnis nach Warnstreiks: Verlängerung der MTVe bis 31.12.95 mit Verbesserung bei: - Urlaubsgeld (auf DM 23/UT 1994 DM 25/UT 1995) - Sonderzahlung (auf 30-40 vH eines ME) Vereinbarung eines Maßregelungsverbots
HBV	**Privates Bankgewerbe** AN 387.600	DM 300 2,0 vH	Febr. u. März 94 1.4.94 12 Monate	- Festschreiben der bisherigen Kündigungsfristen - Begründungspflicht bei Ablehnung von Umwandlungswünschen von Voll- auf Teilzeitarbeit (oder umgekehrt)
NGG	**Hotel- und Gaststättengewerbe** Bayern AN 126.800	1 Nullmonat 3,0 vH	 1.5.94 11 Monate	
BSE	**Gebäudereinigerhandwerk** Nordrhein-Westfalen Arb./Ang. 50.300	3 Nullmonate 2,4 vH 0,8 vH (Stufe)	Jan.-März 1.4.94 6 Monate 1.10.94 5 Monate	(Abschluß nach Schlichtungsverhandlungen, deren Ergebnis von den Arbeitgebern abgelehnt wurde, und nach Streikvorbereitung)

Tarifabschlüsse in ausgewählten West-Tarifbereichen im Jahr 1994

Gewerkschaft	Tarifbereich - fachlich - räumlich - persönlich begünstigte Arbeitnehmer	Lohn, Gehalt, Entgelt		Sonstige Bestimmungen
		Steigerung	in Kraft ab Laufzeit in Monaten	
ÖTV	**Öffentlicher Dienst-West** Bund, Länder, Gemeinden Arb./Ang. 2.233.700	6 bzw. 8 Nullmonate 2,0 vH	Januar-Juni bzw. September 1.7.94 bzw. 1.9.94 für die höheren Verg.Gr. 9 bzw. 7 Monate	Abschluß nach Warnstreiks: - Erweiterung der Teilzeit-Beschäftigungsmöglichkeiten - Verlängerung des Ausgleichszeitraums der regelmäßigen Wochen-AZ auf i.d.R. 26 Wochen - Übernahme der Ausz. nach Abschlußprüfung für mind. 6 Monate - Einfrieren der Berechnungsgrundlage für das 13. ME auf Basis 1993 für 3 Jahre (1994-1996)

1) Hessen u. Rheinland-Pfalz 1 Nullmonat
2) Rheinland-Pfalz 2,2 vH; für Bayern zur Erhöhung ab 1.7.94 zusätzlich 0,5 vH ab 1.4.94 durch Lohnstrukturveränderung

Quelle: WSI-Tarifarchiv

West

Weitere Tarifabschlüsse des Jahres 1994

Gewerk-schaft	Tarifbereich - fachlich - räumlich - persönlich begünstigte Arbeitnehmer	Regelungen
DPG	**Deutsche Bundespost** Arb./Ang. 231.400	Umfassendes Tarifwerk über soziale und materielle Absicherung der AN bei der zum 1.1.95 anstehenden Privatisierung der Postunternehmen (Ergebnis nach monatelangem Tarifkonflikt und Warnstreiks)